



Bettina Hagedorn

Ihre Bundestagsabgeordnete für Ostholstein und Nordstornarn

www.bettina-hagedorn.de

Bericht über meine Arbeit als Bundestagsabgeordnete für die Jahre 2013 bis 2017



Für die Region – einfach besser!

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • ☎ (030) 227 – 73832 • 📠 (030) 227 – 76920

✉ bettina.hagedorn@bundestag.de

Wahlkreisbüro: Lübecker Straße 6 • 23701 Eutin • ☎ (04521) 71611 • 📠 (04521) 78386

✉ bettina.hagedorn.wk@bundestag.de

Kasseedorf, im Juni 2017

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

seit September 2002 vertrete ich IHRE Interessen in unserem schönen Wahlkreis zwischen Fehmarn und Reinfeld im Bundestag – und ich bin noch lange nicht „amtsmüde“! Im Gegenteil: Nach 15 Jahren in maßgeblicher Position im mächtigen Haushaltsausschuss in Berlin bin ich überzeugt, dass ich Kompetenz und Einfluss in diesem Gremium auch künftig nutzen sollte, um die Interessen unserer Region weiterhin kraftvoll für SIE zu vertreten. Darum werbe ich für eine fünfte Wahlperiode ab 24. Sep-



25.02.17, Rede auf dem Kreisparteitag in Ahrensböök (Foto: Jörn Eckert)

tember 2017 um IHR Vertrauen und IHRE Stimme als SPD-Bundestagskandidatin und hoffe – wie schon 2002 und 2005 – DIREKT in den Deutschen Bundestag gewählt zu werden. Am 29. Januar 2017 haben mich die Delegierten des SPD-Landesparteitages mit 93 Prozent auf Platz 1 der Landesliste gewählt und mit mir nach 15 Jahren erstmals wieder eine Frau auf dem Spitzenplatz bestätigt. Für mich eine große Ehre und ein Vertrauensbeweis angesichts meiner bisher geleisteten Arbeit. Für die Bundes-SPD haben wir mit unserem Kanzlerkandidaten Martin Schulz die besten Chancen, nicht nur in der Regierung zu bleiben, sondern diese auch zu übernehmen. Aber dafür wird es am 24. September 2017 auf JEDE Stimme ankommen!

Selbstverständlich bleibe ich meinem seit Jahrzehnten praktizierten Politikstil treu: immer fair, in der Region verwurzelt, mit offenem Ohr für Ihre Sorgen, im engen Kontakt mit Institutionen, Vereinen, Verbänden, Unternehmen und ihren Betriebsräten, regelmäßig präsent bei den jungen Menschen in den Schulen wie bei den Älteren in den Wohlfahrtsorganisationen und Senioreneinrichtungen. Die Menschen in Ostholstein und Nordstorf wissen: Auf mich können Sie sich verlassen. Und vor allem können Sie sich darauf verlassen, dass ich „mein Fähnlein nicht in den Wind hänge“, wenn der Wind einmal kräftig von vorne bläst. Ich stehe zu meinen Überzeugungen, auch wenn diese nicht populär sein mögen, wie beispielsweise mein jahrzehntelanges Engagement gegen die Feste Fehmarnbeltquerung. Mit dieser Gradlinigkeit habe ich mir in den 33 Jahren meiner politischen Arbeit in der Kommunal-, Partei- und Bundespolitik nicht nur Freunde gemacht – aber heute spüre ich stärker als je zuvor, dass selbst jene, die meine Auffassungen nicht immer teilen, mir gerade deswegen Glaubwürdigkeit bescheinigen.

Fakt ist: Als die SPD-Mitglieder 2013 dem Koalitionsvertrag mit CDU und CSU in einem beispiellosen Mitgliederentscheid mit großer Mehrheit von 76 Prozent zugestimmt haben, war diese Große Koalition nicht unser „Traum“, sondern die einzige Regierung, die angesichts des Wählervotums und nach der Verweigerung der Grünen gebildet werden konnte, um Neuwahlen zu vermeiden. Obwohl mit gut 25 Prozent nur als „Juniorpartner“ in diese Koalition gestartet, haben wir jedoch ehrgeizige Ziele im Koalitionsvertrag verankert, für deren Umsetzung wir Sozialdemokraten lange gekämpft haben. Und so können wir heute selbstbewusst unsere Leistungsbilanz in der Großen Koalition überschreiben mit dem Motto:

Versprochen – Gehalten!

Seit Jahren hat die SPD an der Seite der Gewerkschaften in jedem Wahlkampf **für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro** gekämpft, den CDU/CSU, FDP und Arbeitgebervertreter ebenso lange erbittert verhindern wollten. Am **3. Juli 2014** war endlich der historische Tag, an dem der Bundestag mit übergroßer Mehrheit (nur die Linke enthielt sich komplett der Stimme und bei der Union waren fünf Unbelehrbare dagegen) für den Mindestlohn stimmte und so dafür sorgte, dass für mindestens 3,7 Mio. Menschen bundesweit ab 1. Januar 2015 das bittere Lohndumping ein Ende hatte. Für Beschäftigte in Ostholstein mit seinen traditionell niedrigen Löhnen im Dienstleistungs- und Gastgewerbe ist das ein besonderer Meilenstein: **2013 arbeiteten hier über 20.000 Menschen für weniger als 6,50 Euro pro Stunde** – davon über 8.500 sogar in Vollzeit! Seit der gesetzlichen Einführung des Mindestlohns liegt dessen Erhöhung jetzt nicht in den Händen der Politik, sondern bei einer unabhängigen Expertenkommission, die ihn zum 1. Januar 2017 auf aktuell 8,84 Euro festgesetzt hat.

Die Einführung des Mindestlohns hat außerdem – zusammen mit teils kräftigen Tariferhöhungen dank starker Gewerkschaften – dazu geführt, dass sich die Rentner im Juli 2016 mit über 5 Prozent über die **höchste Rentenerhöhung seit der Wende** freuen konnten! Warum? Rentenerhöhungen sind in Deutschland gesetzlich geregelt und entsprechen



stets der prozentualen Erhöhung der Lohnsumme des Vorjahres – also: Gute Arbeit plus faire Löhne gleich höhere Rente! Besonders am Herzen lag uns Sozialdemokraten, dass wir am 23. Mai 2014 die **abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren (frühestens ab 63 Jahren)** beschließen konnten – ein zentrales Wahlversprechen an all jene, die 45 Jahre gearbeitet und in die sozialen Sicherungssysteme eingezahlt haben und bei vorzeitigem Renteneintritt bislang dennoch schmerzhaft Abschlüsse von bis zu über 10 Prozent hatten hinnehmen müssen. Wir haben auch die **Mütterrente** eingeführt für alle Frauen, die vor 1992 Kinder bekommen und erzogen haben. Für über 9,5 Millionen Kinder erhalten diese Mütter nun pro Kind als Rentnerin monatlich 28,60 Euro mehr, und zwar unbürokratisch ohne Extra-Antrag. Das ist für viele dieser Mütter, die ohne ausreichende Kita-Versorgung häufig – wenn überhaupt – nur Teilzeit arbeiten konnten und deshalb besonders von Altersarmut bedroht sind, eine spürbare Verbesserung. Im Koalitionsvertrag haben wir außerdem eine **Solidarrente von 850 Euro** für alle jene durchgesetzt, die zwar 40 Jahre gearbeitet haben, aber dennoch wegen Minijobs, Teilzeit und



18.03.16, Frauenpower für gleichen Lohn vor dem Brandenburger Tor: In der Mitte mit Katarina Barley, jetzt Familienministerin.

Entgegen sämtlicher Prognosen der Mindestlohn-Gegner, hat es keinen Arbeitsplatzabbau durch den Mindestlohn gegeben, sondern im Gegenteil: Viele Mini-Jobs wurden nun in sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze umgewandelt und etliche Menschen brauchen jetzt weniger „aufstockende“ Leistungen aus den Jobcentern als zuvor.

schlechter Bezahlung mit ihrer Rente kaum über dem Grundsicherungsniveau landen, was zutiefst ungerecht ist. **Leider blockierten CDU/CSU das entsprechende Gesetz** unserer Ministerin Andrea Nahles, von dem gerade **Frauen am Rande der Armutsgrenze profitieren würden!** Das hielt uns nicht davon ab, diese noch mal in unser neues Wahlprogramm und damit auf unsere Fahnen zu schreiben! Die CDU/CSU-Blockade bei den **Gesetzen zur Einschränkung beim Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen** konnten wir überwinden, die am 21. Oktober 2016 endlich im Bundestag beschlossen wurden.

Die **Verbesserung der Situation in der Pflegebranche** war unter der Vorgängerregierung von CDU/CSU und FDP ein Totalausfall – von 2009 bis 2013 wurde bei diesem so wichtigen „heißen Eisen“

ber 2016 haben wir im Bundestag mit dem **Pflegestärkungsgesetz III** dieses Reformpaket vollendet, das über eine maßvolle Erhöhung des Pflegebeitrags solidarisch und nachhaltig finanziert wird.



Sozialministerin Andrea Nahles kam am 06.04.17 nach Stockelsdorf: „Gute Arbeit + Faire Löhne = Sichere Rente.“

Seit Januar 2016 lag – nach zweijähriger sorgfältiger Abstimmung mit Verbänden und den zustimmungspflichtigen Ländern – der Entwurf des **Pflegeberufgesetzes** vor, das die beruflichen Chancen der Beschäftigten in der Pflege verbessern, die Attraktivität des Berufsbildes angesichts des großen Fachkräftebedarfes steigern und die Pflegeausbildung endlich grundsätzlich bundesweit kostenlos anbieten soll. Auf Druck privater Lobbyisten blockierte die CDU/CSU lange auch dieses Gesetz trotz der Vereinbarung im Koalitionsvertrag. Dennoch konnten wir uns letztlich durchsetzen und das Gesetz am 22. Juni 2017 im Bundestag beschließen! Das größte behindertenpolitische Vorhaben seit Jahrzehnten, das **Bundesteilhabegesetz**, haben wir im Dezember 2016 nach langen kontroversen Debatten beschlossen und verbessern damit – im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention – massiv die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Den monatelangen Protesten der Organisationen der Menschen mit Handicap konnten wir wirksam dadurch begegnen, dass Sozialministerin Andrea Nahles dem Finanzminister Schäuble letztlich 1,7 Mrd. Euro zusätzlich bis 2020 abtrotzte, um die berechtigten Sorgen der Betroffen-



03.06.15, Gemeinsam mit Assunda Odebrecht, Dr. Carola Reimann, Beate Rinck und Ute Stahl in Neustadt zum Thema gute und menschenwürdige Pflege.

kein einziges Reformgesetz zu Gunsten der Pflegebedürftigen und Beschäftigten im Gesundheitsbereich auf den Weg gebracht. Diesen unverantwortlichen Reformstau haben wir mit längst überfälligen Verbesserungen beendet: Die **Pflegestärkungsgesetze I und II** wurden im Oktober 2014 und im November 2015 beschlossen und sorgen durch den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff dafür, dass Pflegebedürftige und Angehörige besser und individueller unterstützt werden. (2008 war Ulla Schmidt in der damaligen Großen Koalition damit noch am Widerstand der CDU/CSU gescheitert.) Am 2. Dezem-

nen abmildern zu können. Seit dem 1. Juli 2015 haben wir mit der damaligen Familienministerin Manuela Schwesig mit dem **Elterngeld Plus** einen weiteren wichtigen **Baustein für die Vereinbarkeit von**



Gemeinsam im Engagement für mehr Frauenrechte und starke Familien mit der ehemaligen Familienministerin Manuela Schwesig (SPD)

Familie und Beruf gesetzt und machen es Eltern leichter, intensiv für ihr Kind da zu sein und gleichzeitig Verantwortung im Beruf zu übernehmen. Nach jahrelangen Diskussionen haben wir endlich – wenn auch bisher nur für Aufsichtsräte großer Unternehmen – den Einstieg in die **Frauenquote** durchgesetzt. Wir haben **Länder und Kommunen** in dieser Wahlperiode stärker als je zuvor entlastet – insgesamt um mehr als 60 Mrd. Euro in diesen und den kommenden Jahren! Mit dieser Entlastung soll in den Städten und Gemeinden insbesondere die Zukunftsaufgabe der Integration der Flüchtlinge unterstützt werden. Dazu gehört natürlich auch der weitere dringend notwendige Ausbau der Kita- und Krippen-Plätze sowie die Förderung beim Bau von bezahlbarem Wohnraum. Außerdem haben wir 4 Mrd. Euro für den **Ausbau des schnellen Internets im ländlichen Raum** seit 2014 bewilligt, nachdem unter Schwarz-Gelb dafür kein einziger Cent bewegt worden war! Von diesen Bundesmitteln wird auch der Glasfaserausbau in den ländlichen Regionen Ostholsteins und Nordstormarns profitieren.

Einig waren wir uns in dieser Großen Koalition mit dem Schwerpunkt, endlich genügend Geld für die

Sanierung der bröckelnden Verkehrsinfrastruktur in unserem Land bereit zu stellen: **Mehr als 10 Mrd. Euro zusätzlich** haben wir für Investitionen für den Erhalt von Brücken, Straßen, Wasser- und Schienenwegen im Haushaltsausschuss bewilligt, und davon hat – trotz aller Unkenrufe der hiesigen Opposition – auch Schleswig-Holstein ganz erheblich profitiert. Mit über 4,5 Mrd. Euro pro Jahr trägt die von Rot-Grün eingeführte Lkw-Maut, die für die Nutzung von aktuell ca. 13.000 km Autobahnnetz gezahlt werden muss, im Staatshaushalt zur Daueraufgabe Straßensanierung bei. Das ist verursachergerecht, denn klar ist: Es sind die Lkw – und NICHT die Pkw (!) – , die unsere Fernstraßen belasten und beschädigen. Deshalb ist es gut, dass wir die **Ausweitung der Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen mit dann 40.000 km ab Juli 2018** bereits beschlossen und dadurch auf Dauer Mehreinnahmen von gut 2 Mrd. Euro jährlich erzielen werden, die voll und ganz in die Sanierung der Straßen investiert werden. Seit dem 1. Juni 2017 ist auch klar: Wir Haushalter haben mit sehr viel Kraft und Mühe die drohende Privatisierung der Autobahnen verhindert!

Den für mich seit 2002 im Bundestag persönlich größten Erfolg (nicht nur!) für Ostholstein schaffte ich im Januar 2016: Mein – persönlich im Oktober



© studio kohlmeier berlin

2015 erarbeiteter und monatelang mit der Union hart verhandelter – Antrag zu mehr Lärmschutz-

maßnahmen an europäischen Schienen-Güterschwererkehrstrassen wurde eins zu eins **EINSTIMMIG** im Plenum beschlossen – eine riesige Unterstützung und Hoffnung für die um mehr Lärmschutz kämpfenden Anwohner und Bürgeriniti-



Für mehr Lärmschutz an der FBQ-Trasse durch Ostholstein - auch am „hot spot“ Kaltenhöferstraße in Bad Schwartau.
© studio kohlmeier berlin

ativen entlang dieser besonders belasteten Trassen, die sich in Projektbeiräten oder Dialogforen für Lärmschutzmaßnahmen einsetzen, die bislang von der Bahn abgeblockt werden, weil sie häufig über dem gesetzlich festgeschriebenen Niveau liegen. Dieser jetzt vom Bundestag beschlossene TEN-Trassen-Antrag soll künftig Lärmschutz über das gesetzliche Maß hinaus an Schienengütertrassen, die Teil der Korridore des TEN-Verkehrskernnetzes sind, auf Antrag ermöglichen und zusätzlich bewirken, dass bei diesen Trassen Ausbau- und Neubaustrecken gleichgestellt werden (z.B. bei der Kostenbeteiligung von Kommunen). Das Bundesverkehrsministerium soll hierzu konkret Gesetzes- und Ordnungsänderungen vorschlagen (z.B. beim Eisenbahnkreuzungsgesetz), sodass auf diesen Trassen künftig auch bei Ausbaustrecken die Deutsche Bahn als „Verursacher“ 100 Prozent der Kosten trägt. Außerdem soll künftig die Bürgerbeteiligung in Dialogforen bzw. in Projektbeiräten (wie bei der Rheintalbahn) gestärkt werden: Als offizielle Beschlussgremien habe diese künftig das Recht, ohne Denkverbote Maßnahmen zum Schutz der Anwohner vorzuschlagen, deren Mehrkosten über das gesetzliche Maß hinausreichen und damit

bislang nicht genehmigungsfähig waren. Davon profitiert auch das Dialogforum zur Hinterlandanbindung der Festen Beltquerung in Ostholstein: Im künftigen Planfeststellungsverfahren kann das Dialogforum jetzt Anträge auf Genehmigung von Mehrkosten zu Gunsten des Lärmschutzes direkt an den Deutschen Bundestag stellen, wenn diese Mehrkosten geeignet und erforderlich sind, um die berechtigten Anliegen der Menschen in der Region zu berücksichtigen. Das ist ein Riesenerfolg!!! Dennoch kämpfe ich weiterhin unbeirrt GEGEN die Fehmarnbeltquerung und ihre Hinterlandanbindung, deren negative Auswirkungen auf die Lebensqualität der Menschen in Ostholstein in Wahrheit nicht wirksam entkräftet werden kann! Auch hier gilt: Ich halte Kurs und kann selbstbewusst für mich in Anspruch nehmen – **Versprochen – gehalten!**

Stark im Handeln

Meine Aufgaben in Berlin

15 Jahre aktiv im Haushaltsausschuss und im Rechnungsprüfungsausschuss

Seit meiner ersten Wahl in den Bundestag 2002 bin



16.02.17, Rede als stellv. haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Bundesfraktion zur 1. Lesung zum Bund-Länder-Finanzausgleich

ich Mitglied im sogenannten „Königsausschuss“, dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages. Meine Aufgaben dort sind stetig gewachsen – seit 2009 bin ich die **stellvertretende haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion** und gehöre seitdem eben-

falls dem **SPD-Fraktionsvorstand** als Mitglied an. Gleichzeitig arbeite ich seit 2002 im **Rechnungsprüfungsausschuss**, der mit dem Bundesrechnungshof die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Bundesministerien kontrolliert und korrigiert – seit 2014 bin ich die **Ausschussvorsitzende dieses schlagkräftigen Gremiums**. Seit 2013 bin ich im **Haushaltsausschuss verantwortlich für das Bundesverkehrsministerium**, das mit gut 26 Mrd. Euro und dem höchsten Investitionsanteil überhaupt zu den ganz großen Ressorts auf Bundesebene gehört. Natürlich habe ich angesichts meiner gewachsenen Aufgaben im Haushaltsausschuss inzwischen häufiger die Aufgabe, für die SPD-Fraktion im Plenum des Bundestags zu reden – nicht nur bei Themen des Verkehrsbereichs, sondern auch bei den allgemeinen Haushalts- und Steuerdebatten sowie dann, wenn es um die Finanz- und Wirtschaftskrise im Euro-Raum, um Griechenland oder europäische Stabilität geht. Bis heute ist es eine besondere Ehre für mich, in der sogenannten „Elefantenrunde“ zu reden, wenn die Kanzlerin und die führenden Köpfe aller Fraktionen zweimal im Jahr in der Generaldebatte zum Haushalt zu den „großen Linien“ der Innen- und Außenpolitik aufeinandertreffen – seit 2014 ging ich in diesen Debatten bereits sechs Mal ans Mikrofon. **Insgesamt 32 Reden habe ich seit 2013 gehalten, die Sie selbstverständlich alle über meine Homepage www.bettina-hagedorn.de oder in der Mediathek des Bundestages anschauen können.**

Nah bei den Menschen

Meine Arbeit in Ostholstein und Nordstorn

Nach 20 Jahren aktiver Kommunalpolitik – u.a. von 1997 bis 2003 als ehrenamtliche Bürgermeisterin und Amtsvorsteherin im Bungsbergraum – ist mir auch meine **Arbeit in der AG Kommunalpolitik der**



03.05.16, Rathausgespräch bei Bürgermeisterin Hatice Kara (3.v.r.) und Vertretern der Fraktionen in Timmendorfer Strand.

SPD-Bundestagsfraktion, deren stellvertretende Sprecherin ich seit 2005 bin, sehr wichtig. Insbesondere die Herausforderungen des ländlichen Raums fallen dort in meinen Zuständigkeitsbereich. Um einen direkten Draht zu den aktiven Kommunalpolitikern in Ostholstein und Nordstorn zu halten, **besuche ich seit 2003 regelmäßig die Bürgermeister bzw. Amtsvorsteher für meine „Rathausgespräche“**, um mich mit den Vertretern aller Fraktionen über aktuelle Probleme in den Kommunen – insbesondere an der Schnittstelle zur Bundes- und Landespolitik – auszutauschen. Dieser Tradition der „Rathausgespräche“ folgend habe ich allein seit März 2016 19 Rathausgespräche geführt, von Reinfeld über Timmendorfer Strand bis Eutin, von Burg über Grömitz bis Bad Malente, von



02.05.16, Rathausgespräch mit Neustadts SPD-Bürgermeisterin Tordis Batscheider und Stadtvertretern.

Stockelsdorf über das Amt Lensahn bis Oldenburg, von Ratekau über Scharbeutz bis Neustadt, von Bad Schwartau bis zum Amt Nordstorn-Land und zum Amt Ostholstein-Mitte, von Ahrensböök über Süsel bis Heiligenhafen. Im Mittelpunkt dieser

Gespräche stehen häufig der Kita- und Krippenausbau, der enorme Modernisierungsbedarf der Schulen, die Unterbringung und Integration der Flüchtlingsfamilien, der Neubau bezahlbaren Wohnraums, aber auch andere wichtige Themen wie etwa der Breitbandausbau, die Attraktivität von Tourismusangeboten oder Innenstadtbereichen und die Auswirkungen der beiden Mega-Bauprojekte der Region: die beabsichtigte Hinterlandanbindung der Feste Fehmarnbeltquerung und die geplante 380-kV-Trasse.

Ebenso wichtig ist mir die Information über wichtigen Themen, die im Bundestag in Vorbereitung sind oder schon auf der Tagesordnung stehen, an die interessierte Öffentlichkeit in meinem Wahlkreis. Dazu lade ich mehrmals jedes Jahr gemeinsam mit fachkompetenten Kolleginnen und Kollegen (nicht nur) aus dem Bundestag zu öffentlichen Veranstaltung ein, wo es Informationen „aus erster Hand“ gibt und die Chance auf eine offene Diskussion, damit wir die Anliegen der betroffenen Menschen direkt mit nach Berlin nehmen können. Allein seit 2013 habe ich **zu mehr als 30 Veranstaltungen zu aktuellen und teils kontroversen politischen Themen eingeladen.**

Neverending Story **der Kampf gegen die Feste Fehmarnbeltquerung!**

Immer wieder im Mittelpunkt solcher Veranstaltungen steht natürlich die **geplante feste Fehmarnbeltquerung mit ihrer Hinterlandanbindung.** Deshalb hat es mich auch besonders gefreut, dass ich am 16. und 17. Januar 2015 einen renommierten Gast aus Bayern in meinem Wahlkreis begrüßen konnte, der als einer von 13 SPD-Abgeordneten im Juni 2009 mit mir GEGEN den Staatsvertrag zur FBQ gestimmt hat und dessen Wort in Berlin Gewicht hat: Der **Verkehrsausschussvorsitzende im**



17.01.15, Beim Ortstermin mit Martin Burkert, MdB in Strukkamp auf Fehmarn mit Vertretern der Bürgerinitiativen.

Bundestag, Martin Burkert (SPD), referierte auf meine Einladung am **16. Januar 2015 in Ratekau**, um mit ca. 100 Gästen unter dem Titel **„Zeitdruck und Kostenexplosion bei Verkehrsprojekten“** darüber zu diskutieren, wie die geplante Hinterlandanbindung der Fehmarnbeltquerung aktuell im Berliner Verkehrsausschuss bewertet wird. Unter dem **Motto „Ja zu umweltfreundlichem Fährverkehr“** diskutierte ich dann am Morgen des 17. Januar 2015 zusammen mit Martin Burkert und dem Scandlines-CEO Søren Poulsgaard Jensen in öffentlicher Diskussionsrunde **an Bord der „Prinsesse Benedikte“** über die Scandlines-Pläne zur Beschaffung eines neuen Fährschiff-Typs, der null Emissionen durch Batteriebetrieb und durch den Einsatz erneuerbarer Energien (zero-emission ferry) den Fährverkehr noch umweltfreundlicher



Mit Konzernbetriebsratsvorsitzenden von Scandlines Bernd Friedrichs auf der Brücke der „Deutschland“ © studio kohlmer berlin

machen soll – mit 40 Personen war der Veranstaltungsraum schnell ausgebucht. Weiter ging es am 17. Januar 2015 mit einer **„Ostholstein-Tour“ nach Strukkamp auf Fehmarn, Großenbrode und Bad Schwartau** – drei Orte, die von einer Fehmarnbelt-

querung und ihrer Hinterlandanbindung besonders betroffen wären. Mit dabei waren die Konzernbevollmächtigte der Deutschen Bahn, Manuela Herbort, und der DB-Projektleiter für die Hinterlandanbindung, Bernd Homfeldt, sowie Vertreter zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Gemeinden sowie viele interessierte Anwohner. Damals habe ich zugesagt, diesen informativen Dialog kontinuierlich fortzusetzen – eingelöst habe ich dieses Versprechen **am 8. Dezember 2015 in Scharbeutz mit einer weiteren Informationsveranstaltung mit Manuela Herbort und Bernd Homfeldt im vollbesetzten Kurhaus**. Doch auch in Nordstormarn erkennen die Bahntrassen-Anwohner zunehmend ihre Betroffenheit durch die geplante Beltquerung – und so lud ich konsequenterweise gemeinsam mit der **SPD Reinfeld und SPD-Bürgermeister Heiko Gerstmann am 22. Mai 2015** zur Diskussionsrunde unter dem **Motto: „Güterverkehr durch die Beltquerung – (k)ein Thema für Stormarn?!“** ein – und auch hier: voll-



© studio kohlmeier berlin

ständig gelöst – aber bis dahin war es ein weiter Weg. Schon am **19. Mai 2016** musste auf meine Einladung hin der Projektleiter der DB für die Hinterlandanbindung, Bernd Homfeldt, in der öffentlichen Veranstaltung unter dem Titel **„SOS für die Sundbrücke“** in Bannesdorf/Fehmarn über 80 interessierten Gästen mit ihren kritischen Fragen Rede und Antwort stehen. Am **17. November 2016** hatte ich dann als Rechnungsprüfungsausschussvorsitzende Kollegen aller Fraktionen sowie mehr als 20 Experten, Prüfern und Verantwortlichen des Bundesrechnungshofs, der Deutschen Bahn und des Bundesverkehrsministeriums zur **nachweislich vernachlässigten Fehmarnsundbrücke zum**



Mit SPD-Bürgermeister Heiko Gerstmann und 60 Gästen: Diskussion in Reinfeld zum Thema „Güterverkehr durch die Beltquerung – (k)ein Thema für Stormarn?!“

les Haus! Als im **April 2016** ein sehr **kritischer Bericht des Bundesrechnungshofes (BRH)** zu massiven Instandhaltungsmängeln der Sundbrücke öffentlich wurde, war auf Fehmarn die berechtigte Verunsicherung natürlich besonders groß: 21 Mio. Euro hätten seit 2000 in die Sundbrücke investiert werden müssen – wurden sie aber nicht, schrieb der BRH. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat dieses Thema 2016 gleich viermal auf der Tagesordnung gehabt und Anfang Dezember auch voll-



© studio kohlmeier berlin

Ortstermin auf unseren „Kleiderbügel“ geladen – damit nahm das prominente Thema noch einmal richtig „Fahrt auf“. Es folgte am 2. Dezember im

Rechnungsprüfungsausschuss eine 180-Grad-Wende, als Vorstandschef Dr. Rüdiger Grube persönlich für die Deutsche Bahn anhand überzeugender schriftlicher Unterlagen erläuterte, dass und wie die Bahn den Forderungen des Ausschusses vollumfänglich schon ab 2017 nachkommen wird: Die Investitionen zum Erhalt der Brücke werden jetzt bis 2020 auf mindestens 11 Mio. Euro verdoppelt, um die **Tragfähigkeit der Brücke bis mindestens 2035 zu garantieren** – damit hat sich der konsequente Druck in mittlerweile fünf Sitzungen des RPA seit Juni 2016 zur Instandsetzung der Sundbrücke vollends gelohnt! Aber nicht nur die deut-

dergegebenen Pressekonferenz über die schwerwiegenden Bedenken zur Festen Beltquerung auf deutscher Seite und über die Diskussion um den Art. 22 („Ausstiegsklausel“) aufzuklären. Fakt ist: Die Kosten explodieren in beiden Ländern, während die Verkehrsprognosen eher rückläufig sind, weil auf fehlerhafter Grundlage kalkuliert wurde. Die Zeitpläne sind zwar schon korrigiert (eingeweiht werden sollte das Bauwerk laut Staatsvertrag 2018!), aber immer noch geschönt, weil z.B. Zeitpuffer für Klageverfahren nicht angemessen berücksichtigt wurden, obwohl der Rechtsweg ganz sicher beschritten wird. Am **16. Mai 2015** reiste ich gemeinsam mit dem damaligen SPD-Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Lars



Mit den Beltrettern von Fehmarn – das Kreuz zierte seitdem mein Eutin-er Wahlkreisbüro.

sche, sondern auch die dänische Öffentlichkeit muss erfahren, wie groß – und vor allem wie berechtigt – der Widerstand gegen die Feste Fehmarnbeltquerung nicht nur in der Region Ostholstein ist. Darum nutze ich auch beständig alle Chancen, um in den dänischen Medien die kritische Sicht auf das Mega-Projekt deutlich zu machen. So reiste ich **am 12. März 2015 als „Special Guest“ des NABU mit Malte Siegert nach Kopenhagen**, um in einer in Dänemark in allen großen Zeitungen wi-



16.05.15, Besuch auf Lolland bei Bürgermeister Holger Schou Rasmussen und dem heutigen Vorsitzenden Lennart Damsbo-Andersen

Winter auf **Einladung des Folketing-Abgeordneten und heutigen Verkehrsausschussvorsitzenden in Dänemark Lennart Damsbo-Andersen sowie des Bürgermeisters der Kommune Lolland, Holger Schou Rasmussen**, zum weiteren Gedankenaustausch nach Lolland – beide Sozialdemokraten sind glühende FBQ-Befürworter. Wir waren uns natürlich nicht einig, haben aber für mehr Verständnis für die deutschen Bedenken geworben und Aufklärung bewirkt. Wir stimmten immerhin überein, dass wir den deutsch-dänischen Dialog nicht den Verkehrsministern überlassen dürfen, sondern als Parlamentarier einen eigenständigen Austausch im Sinne der Menschen brauchen. Durch diesen Kontakt kam im **November 2015** erstmals auf Einladung des Vorsitzenden des Verkehrsausschusses des

Bundestages Martin Burkert eine dänische Delegation des **Verkehrsausschusses im Folketing mit dem Vorsitzenden Lennart Damsbo-Andersen nach Berlin**. Diesen Besuch haben wir am 2./3. November 2016 in Kopenhagen erwidert, und natürlich war ich dabei.

In Kopenhagen führten wir offizielle Gespräche im **dänischen Verkehrsministerium, mit dem Verkehrsausschuss des Folketing sowie den Vorständen von Femern A/S und Scandlines**. Vorwürfe gegenüber den „langsamen deutschen Planfeststellungsverfahren“ wiesen wir zurück, denn Fakt ist, dass nicht das deutsche Planungsrecht, das letztlich deutscher und europäischer Gesetzgebung entspricht, Schuld ist an den Verzögerungen für den dänischen Tunnelbau, sondern die nicht genehmigungsfähigen – weil schlampig erarbeiteten – Planungsunterlagen von Femern A/S. Nur deshalb musste Femern A/S seine Planunterlagen ausführlich korrigieren und nur deshalb wurde eine zweite Runde mit öffentlicher Auslegung nach dem üblichen **Planfeststellungsverfahren** erforderlich, zu denen es im Sommer 2016 **über 12.000 Einwendungen** gab, die rechtssicher abgearbeitet werden mussten. Das kostet über ein Jahr Verzögerung, die allein Femern A/S zu verantworten hat. Damit kann der Start des Tunnelbaus – wenn überhaupt – frühesten Ende 2020 starten, was die Dänen in riesige Probleme mit den vier von ihnen bereits beauftragten Baukonsortien mit der Folge von Regresszahlungen bringen wird, während gleichzeitig die 589 Mio. Euro erhofften EU-Zuschüsse für Dänemark in Gefahr geraten, weil die EU-Förderperiode 2020 endet. Wir sehen also: Die Dänen kommen allmählich in der Realität an. Ihnen ist inzwischen bewusst, dass eine Einweihung des Tunnels – wenn überhaupt – nicht vor 2030 realistisch ist. Auf dem Rückweg von Kopenhagen haben der **Verkehrsausschussvorsitzende und Bahn-Experte Martin Burkert** und ich **am 3. November**

2016 im IFA-Ferienzentrum in Fehmarn mit rund 80 Gästen öffentlich die sich aus dem Ende 2016 neu aufgestellten Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP) ergebenden Herausforderungen und Perspektiven für Schleswig-Holstein und ganz besonders für Ostholstein diskutiert – darunter selbstverständlich über die Fehmarnbeltquerung, die auch im Jahr 2017 eines der Top-Themen bleibt. Die Betroffenheit ist inzwischen in allen Kommunen Ostholsteins mit Händen zu greifen.

Am 19. Oktober 2016 haben wir im Haushaltsausschuss beschlossen, dass die Hinterlandanbindung



03.11.16, mit SPD-Kollege Martin Burkert auf Fehmarn, der als Verkehrsausschussvorsitzender in Berlin Gewichtig hat

bei allen dafür geeigneten Streckenabschnitten jetzt mit einer **Maximalgeschwindigkeit für Personenzüge von 200 Stundenkilometern** anstatt laut Staatsvertrag nur mit 160 Stundenkilometern geplant werden soll. Die dafür erforderlichen Mehrkosten von geschätzten 109 Mio. Euro hat der Haushaltsausschuss bereitgestellt und diese sind jetzt im BVWP verankert. **Für die Ausbaustrecke soll von der Bahn geprüft werden, ob und wo die 200 km/h möglich, sinnvoll und von den Kommunen gewollt sind – auf den 55 km Neubaustrecke ist diese Überprüfung bereits erfolgt** und kann gemäß Ergebnis auf 200 km/h gebaut werden. Wir erhoffen uns von diesem Beschluss u.a. Vorteile für die betroffenen Kommunen bei der Anwendung des Eisenbahnkreuzungsgesetzes – dass nämlich dort, wo die Trasse auf Tempo 200 ausgelegt wird, etwaige Überführungen/

Untertunnelungen bei kreuzenden Straßen nicht zur Kostenbeteiligung der Städte und Gemeinden führen. Das Thema ist allerdings noch keineswegs „durch“ – die Bahn erarbeitet nun neue Lösungsvorschläge, die im Dialogforum mit den Kommunen diskutiert werden müssen.

Für **den 24. Februar 2017** von 12 bis 22 Uhr hatte mir **Bahn-Chef Dr. Rüdiger Grube** persönlich sei-



02.12.16, Dr. Rüdiger Grube im Rechnungsprüfungsausschuss

nen **Besuch in Ostholstein** zugesagt, um – zehn Stunden lang! – für Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern entlang der Trasse in Ostholstein bereitzustehen. Die von mir geplanten Gespräche vor Ort waren akribisch mit allen Bürgermeistern abgestimmt: Allein in Bad Schwartau wollten wir uns über eine Stunde Zeit für den Dialog im Schwartauer Bahnhof nehmen. Auch in Luschendorf (mit Vertretern aus Timmendorfer Strand), in Altenkrempe (mit Schashagen und Sierksdorf), in Fehmarnsund (mit Großenbrode) und in Göhl und Oldenburg waren Gespräche und am Ende eine mehrstündige Podiumsdiskussion mit prominenten Teilnehmern wie Landrat Sager, Verkehrsstaatssekretär Dr. Frank Nägele und dem Sprecher des Dialogforums Dr. Christoph Jessen geplant. Dann kam am 30. Januar 2017 „Knall auf Fall“ der völlig überraschende Rücktritt von Bahnchef Grube im eskalierten Streit mit dem Bahn-Aufsichtsrat. Damit platzte dieser Termin leider wie eine Seifenblase. Ich bedauere, dass sich der kommissarische Bahnvorstand nicht in der Lage sah, wenigstens die Abendveranstaltung am 24. Februar im Oldenburger Gewerbe-

zentrum wahrnehmen zu können. Die von mir mit Dr. Grube geplante „Ostholstein-Tour“ wäre für den Bahnvorstand eine echte Chance gewesen, verloren gegangenes Vertrauen in der Region zurückzugewinnen. Ich hoffe, dass auch der neue Bahnchef Richard Lutz das erkennen und die Termine mit mir und den Betroffenen vor Ort so bald wie möglich nachholen wird.

Autobahnprivatisierung? – Nein, danke!

Nach wochenlangen Verhandlungen über die Autobahngesellschaft, die ich als zuständige SPD-Haushälterin für Verkehr geführt habe, hat am 1. Juni 2017 der Deutsche Bundestag mit 455 Ja-Stimmen, abschließend den von mir und meinem CDU-Kollegen Norbert Brackmann verhandelten Änderungsantrag angenommen und damit die drohende Privatisierung der Autobahnen verhindert. Gemeinsam haben wir den Regierungsentwurf von Finanzminister Schäuble und Verkehrsminister Dobrindt damit um 180 Grad gedreht. Ein großartiger Erfolg! Um das zu schaffen, hatte die SPD die eigentlich bereits für den 19. Mai vorgesehene Beschlussfassung in 2./3. Lesung im Bundestag blockiert, um sich bei strittigen Grundgesetzänderungen durchsetzen zu können. Und wir können verkünden: Versprochen – gehalten! Das Verbot von funktionaler Privatisierung bei Teil-Netz-ÖPP kommt ins Grundgesetz und wird somit verfassungsrechtlich festgeschrieben. Grundgesetzlich schließen wir auch eine unmittelbare und mittelbare Beteiligung von Privaten an der neu zu gründenden Autobahngesellschaft und ihrer regionalen Tochtergesellschaften aus – nach Auffassung unserer SPD-Gutachter von der öffentlichen Anhörung am 27. März 2017, Prof. Dr. Georg Hermes und den Experten vom Bundesrechnungshof, die beiden wichtigsten Grundgesetzänderungen, ohne die wir das Paket hätten platzen lassen. Damit errichten wir im Gesetz - und auch im Grund-

gesetz – Schranken, wo es vorher keine gab. Die beiden Grundgesetzänderungen sind deshalb so wichtig, da jetzt die Privatisierungsbremsen im einfachen Gesetz nicht mehr von neuen und anderen politischen Mehrheiten gekippt werden können. Künftig wird jeder Privatisierungsversuch an den erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat scheitern. Es lohnt sich, meine



31.05.17, Interview für das „Schleswig-Holstein Magazin“ des NDR

Rede im Bundestag vom 16. Februar 2017 im Rahmen der 1. Lesung zu diesem Thema anzuschauen, in der ich unverblümt ankündigte, dass wir im Haushaltsausschuss den Regierungsentwurf zur Autobahngesellschaft massiv verändern werden. Im Bericht der ARD-Sendung „Monitor“ vom 27. April (ein wirklich sehenswerter Beitrag, der in der ARD-Mediathek zu finden ist) lehnten Volker Kauder (Fraktionsvorsitzender der CDU) und CSU-Verkehrsminister Dobrindt eine Grundgesetzänderung noch vehement und unmissverständlich ab – das macht den erzielten Erfolg der SPD umso größer. In Zukunft wird eine Autobahngesellschaft für den Bund die Planung und den Bau von Autobahnen übernehmen, was bisher in der Zuständigkeit der Länder lag. Für die ca. 11.000 Beschäftigten der Straßenbauverwaltungen der Länder, die in den nächsten Jahren vermutlich überwiegend zum Bund wechseln werden, haben wir Sozialdemokraten ebenfalls massive Verbesserungen am Regierungsentwurf in enger Abstimmung mit Gewerkschaften und Personalräten vorgenommen, indem erstmalig die Pflicht zu Tarifverträgen und die Ein-

bindung von Personalräten und Gewerkschaften gesetzlich festgelegt wurde. Wir haben die Kontrollrechte des Parlaments und auch die Prüfrechte des Bundesrechnungshofs gesetzlich gesichert. Über den gemeinsamen Einsatz von Norbert Brackmann und mir wurde sogar in einem Beitrag des „Schleswig-Holstein Magazins“ des NDR am 31. Mai 2017 berichtet.

Mein Herzblut: Unterstützung für die Pflegebranche!

Seit Beginn meiner Abgeordnetentätigkeit in Berlin gilt mein Hauptaugenmerk der Zukunft einer menschenwürdigen Pflege. Um den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen angemessene Rechnung tragen zu können, muss die Politik vor allem die gesellschaftliche Akzeptanz für die Pflegekräfte und ihre verantwortungsvolle und psychisch wie physisch schwere Arbeit verbessern... und dazu gehört neben der Chance auf Weiterbil-



20.01.14, Praktikum auf der Intensivstation des Eutiner Sana Klinikums
© Sana Kliniken Ostholstein GmbH

dung und Qualifizierung vor allem auch eine faire und darum deutlich bessere Bezahlung. Um im direkten Kontakt mit Bewohnern von Pflegeeinrichtungen, Patienten und Pflegekräften vor Ort den realen Alltag in der Pflege kennenzulernen und diese Eindrücke in meine politische Arbeit mitzunehmen, mache ich **regelmäßig Pflegepraktika** – **seit 2004** habe ich bereits **zehn Pflege-Praktika** absolviert! So hospitierte ich **am 20. Januar 2014 in den Sana Kliniken in Eutin auf der Intensivstation**

und der Abteilung für Onkologie, am **21. November 2014** beim Medizinischen Pflegedienst in Oldenburg und Heiligenhafen und am **8. Dezember 2016** bei der Mobilien Krankenpflege in Ratekau stets für einen Tag.



08.12.16, Pflegepraktikum – Klaus Reithmeier, „Mobile Krankenpflege“, und die Altenpflegerin Martina Klug in Ratekau
© Christina Düvell-Veen

In der Großen Koalition haben wir seit 2013 mit den **Pflegestärkungsgesetzen I** (Oktober 2014) und **II** (November 2015) sowie dem **Pflegestärkungsgesetz III** (Dezember 2016) ein ganzes Pflegegesetz-Paket beschlossen, das durch den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff dafür sorgt, dass Pflegebedürftige und Angehörige besser und individueller unterstützt werden, was über eine maßvolle Erhöhung des Pflegebeitrags solidarisch und nachhaltig finanziert wird. Seit Januar 2016 lag – nach zweijähriger sorgfältiger Abstimmung mit Verbänden und den zustimmungspflichtigen Ländern – der Entwurf des **Pflegeberufegesetzes** vor, das die beruflichen Chancen der Beschäftigten in der Pflege verbessern, die Attraktivität des Berufsbildes angesichts des großen Fachkräftebedarfes steigern und die Pflegeausbildung endlich grundsätzlich bundesweit kostenlos anbieten soll. Es ist seit langem ein Skandal, dass Auszubildende gerade in der Altenpflege trotz enormen Fachkräftemangels ihre eigene Ausbildung mitfinanzieren müssen. Auf meine Einladung hin kamen sogar zwei Fachkräfte der Beschäftigung und Qualifizierung OstholsteingGmbH Eutin am **30. Mai 2016** zur **öffentlichen Anhörung zum Pflegeberufegesetz im Gesundheitsausschuss** in den Deutschen Bundestag.

Umso wichtiger war, dass wir am 22. Juni 2017 das Pflegeberufegesetz nach langen Verhandlungen mit der Union endlich im Bundestag beschließen konnten!

Seit 2013 lade ich regelmäßig interessierte Fachleute aus meinem Wahlkreis zu **meinem „Runden Tisch Pflege“** ein, um mit Gesundheitsexperten und zuständigen Politikern zu diskutieren. Nach zwei runden Tischen mit der damaligen Landesgesundheits- und Sozialministerin Kristin Alheit in Bad Malente und Eutin sowie einem mit Bundesgesundheitsministerin a.D. Ulla Schmidt (beide SPD) in Oldenburg habe ich **am 3. Juni 2015** zu meinem **4. Runden Tisch Pflege** mit der stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden in Berlin **Dr. Carola Reimann** in die Mühlenbergklinik nach Bad Malente zur Diskussion über den Fachkräftemangel eingeladen. Der **5. Runde Tisch Pflege** fand **am 22. April 2016** in der **August-Bier-Klinik** mit der **SPD-Sprecherin für Gesundheit im Bundestag, Hilde Mattheis**, ebenfalls in Bad Malente zum Thema **„Neuordnung der Pflegeberufe“** statt. Rund 30 Experten aus Praxis und Wissenschaft waren jeweils dabei, um mit uns über die Reform der Pflegeberufe und die aktuellen Gesetzesentwürfe zu diskutieren. Mit Dr. Carola Reimann lud ich danach in Neustadt zu einer öffentlichen Veranstaltung, u.a. mit der Leiterin der Pflegeschule Lübeck, Ute Stahl, unter dem Titel **„Für eine gute und menschenwürdige Pflege“** ein. Mit Hilde Mattheis ging es weiter zur AMEOS Gruppe Neustadt, in die Sana Klinik



22.04.16, in der Asklepios Klinik Bad Schwartau: Veranstaltung mit SPD-Fachfrau Hilde Mattheis zum neuen Pflegeberufegesetz mit Bürgermeister Dr. Uwe Brinkemann und MdL Sandra Redmann.

Oldenburg und in die **Asklepios Klinik in Bad Schwartau**, in der dann unsere öffentliche Veranstaltung unter dem Motto „**Stärkung der Pflegeberufe vorantreiben!**“ stattfand.

Das Thema **Sterbehilfe** habe ich am **3. Juni 2015** auf Einladung des Betreuungsvereins mit Dr. Carola Reimann und anderen unter dem Thema „**Sterbenszeit ist Lebenszeit**“ öffentlich in der Kreisbibliothek in Eutin diskutiert. Der von mir favorisierte und mit unterzeichnete Antrag, für den u.a. Carola Reimann verantwortliche Autorin war und der einen deutlich liberaleren Umgang mit dem Thema „Sterbehilfe“ unter der Prämisse der Selbstbestimmung des Sterbenden bis zum Schluss vorsah, hat am 6. November 2015 leider keine Mehrheit im Bundestag gefunden.

Am 1. Dezember 2016 hat der Bundestag nach 2 Jahren Debatte endlich das Bundesteilhabegesetz beschossen – das größte behindertenpolitische Vorhaben der letzten Jahrzehnte, das die verbesserte Eingliederung von Menschen mit Behinderungen als erster Schritt hin zur Umsetzung der UN-



07.11.16, Vertreter von Lebens(T)Räume Bad Schwartau bei der öffentlichen Anhörung zum Bundesteilhabegesetz in Berlin im November 2016

Behindertenrechtskonvention umgesetzt. Das Bundesteilhabegesetz betrifft in Ostholstein ca. 14.000 schwerbehinderte Menschen. Gemeinsam mit dem Diakonie-Vorstandssprecher und **Landespastor Heiko Naß** habe ich mich am **15. September 2016** im **Berufsbildungswerk Bugenhagen in Timmendorfer Strand** mit rund 30 Vertretern zahlreicher Sozialverbände getroffen, um mit ihnen über den Entwurf zu diskutieren und ihre Anregungen und Kritikpunkte mit nach Berlin zu nehmen. Auf

meine Einladung hin kamen dann **sieben Vertreter des Vereins Lebens(T)Räume Bad Schwartau am 7. November 2016** zur öffentlichen Anhörung nach Berlin, um „live“ zu erleben, wie rund 300 Experten von Verbänden aus der Praxis und Wissenschaftlern mit Abgeordneten aller Parteien konstruktiv über das Gesetz diskutierten und ihre zahl-



26.03.13, Zu Besuch im Bugenhagen Berufsbildungswerk.
© Brigitte Schulz-Löffler

reichen Verbesserungen am Gesetzentwurf vorbringen. Dass nach dieser Anhörung noch viele dieser Veränderungsvorschläge tatsächlich in das Gesetz aufgenommen wurden, haben viele Betroffene und Verbände als Zeichen einer lebendigen Demokratie gewürdigt. Diese qualitativen Verbesserungen waren aber nur deshalb möglich, weil Sozialministerin Andrea Nahles sich bei Finanzminister Schäuble erfolgreich damit durchsetzen konnte, dass bis 2020 insgesamt 1,7 Mrd. Euro zusätzlich im Finanzplan bereitgestellt werden – im Haushaltsausschuss haben wir allein für 2017 zusätzliche Mittel in Höhe von 160 Mio. Euro bewilligt, um die Teilhabe zu verbessern. Zudem werden 60 Mio. Euro in die unabhängige Beratung investiert, damit Betroffene und Familien gut informiert und unterstützt werden – eine von vielen Forderungen der Verbände, die jetzt umgesetzt werden. **Am 31. Januar 2017** war die zuständige Parlamentarische **Staatssekretärin im Sozialministerium, Gabriele Lösekrug-Möller**, auf meine Einladung Referentin einer **öffentlichen Veranstaltung im Bugenhagen Berufsbildungswerk Timmendorfer Strand**: Über



31.01.17, Mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Gabriele Lösekrug-Möller zu Gast im Oldenburger Mehrgenerationenhaus Kastanienhof.

80 Zuhörer diskutierten mit uns unter dem **Motto** „Nicht über uns ohne uns – das Bundesteilhabegesetz kommt!“ Zuvor hatten wir gemeinsam das **integrative Mehrgenerationenhaus „Kastanienhof“** in Oldenburg und die **Wohngemeinschaft Schwerstbehinderter „Lebens(T)Räume“** in Bad Schwartau besucht.

Seit 2003: der Ladies' Day – ein Netzwerk für Frauenpower!

2003 habe ich gemeinsam mit meiner SPD-Haushaltsausschuss-Kollegin Petra Merkel den **Ladies' Day in Berlin** ins Leben gerufen, zu dem wir jedes Jahr Unternehmerinnen und weibliche Führungskräfte aus Wirtschaft, Verbänden und Po-

litik aus allen Wahlkreisen in den Bundestag zum „Networking“ eingeladen haben. Zum **zehnjährigen Jubiläum** dieser Initiative veranstaltete ich im **August 2013 im Hansa-Park Sierksdorf den 1. Ladies' Day in Ostholstein – und 120 Frauen** machten begeistert mit. Seitdem ist der „Ladies' Day“ quasi eine Institution geworden: Das **Netzwerk von Frauen aus Wirtschaft, Medien und Politik, von weiblichen Führungskräften aus Unternehmen, Gewerkschaften, gesellschaftlichen Institutionen, Verbänden und Vereinen** erfreut sich ständig wachsender Beliebtheit – **ca. 300 Frauen** sind inzwischen dabei! Die **Erfolgsgeschichte „Ladies' Day“** wurde im Juli 2014 und 2015 auf Einladung von **Inka Kielhorn**, Leiterin des **Bugenhagenwerks Timmendorfer Strand**, mit jeweils knapp 100 Teilnehmerinnen fortgesetzt. Der **4. Ladies' Day** fand am **12. Juli 2016** erneut auf Einladung der **Chefin Frau Leicht** im **Hansa Park** und der **5. Ladies' Day** am **6. Juli 2017** in der **Opernscheune in Eutin** statt – inklusive Kostprobe der Generalprobe für die Premiere der Festspiele am 8. Juli. Die **Geschäftsführerin Sabine Kuhnert** und **Intendantin Dominique Caron** waren unsere Gast-



12.07.16, 4. Ladies' Day mit 100 Power-Frauen im Hansa Park

geberinnen. Die Zahl der Frauen, die dabei sein wollen, wächst ständig. 2016 war das erste Mal eine waschechte (Bildungs-)Ministerin unser Gast: Britta Ernst, privat die Ehefrau von Hamburgs erstem Bürgermeister Olaf Scholz, sagte prompt ihre Teilnahme an einer der beiden traditionellen „Talk-Runden“ zu und ließ sich auch einmal ganz persönlich „in die Karten schauen“.

Vom 26. bis 28. November 2014 lud ich die erste rein weibliche 50-köpfige Besuchergruppe aus unserem „Netzwerk“ für drei Tage nach Berlin ein – neben den üblichen Besuchsprogramm-Punkten wie Bundestag, Kanzleramt und Ministerien besuchten wir u.a. die „Weiber-Wirtschaft“, das größte und erfolgreichste genossenschaftliche Frauen-



Gründerzentrum Europas! Die Stimmung auf der Tour war einfach grandios – 2018 möchte ich erneut einen solchen „Frauen-Trip nach Berlin“ anbieten. Interessierte: bitte vormerken!

Meine Erfolge für die Region: Mehr Mittel für THW und Bundespolizei Neustadt!

Seitdem ich 2005 im Haushaltsausschuss für die Finanzausstattung von THW und Bundespolizei (Standort Neustadt) verantwortlich war, engagiere ich mich in allen Haushaltsberatungen – mit Erfolg! – für diese beiden Bundesorganisationen: 2014 hat der Haushaltsausschuss ein Plus von 11 Mio. Euro – überwiegend für den veralteten Fahrzeugpark und die Aus- und Fortbildung für die THW-Ortsverbände – bewilligt und 2015 sogar ein 27 Mio. Euro schweres Bauprogramm, mit dem bis 2018

82 THW-Standorte bundesweit moderne Räumlichkeiten erhalten. Zwölf davon liegen in Schleswig-Holstein. Nachdem die Neustädter und Oldenburger Ortsgruppen in den letzten Jahren bereits neue Liegenschaften beziehen konnten, profitiert jetzt endlich auch die Ortsgruppe Eutin mit einem attraktiven Neubau im Gewerbegebiet. Angesichts dieser großen Erfolge sagte mir **THW-Präsident Broemme am 16. Februar 2015** spontan seinen ganztägigen Besuch zu. Nach Besuchen in **Reinfeld und Bad Schwartau** war in **Eutin der Neubau** Hauptthema. Am Abend luden wir zum „**Blaulichtabend**“ **ins THW nach Neustadt**, wo alle befreundeten „Blaulicht-Organisationen“ im Kreis zahlreich das Gespräch suchten. Am **22. September 2016** fand auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion die erste „**Blaulichtkonferenz**“ **im Berliner Reichstag** unter dem **Motto „Herausforderungen im Bevölkerungsschutz“** statt. Als meine Gäste aus Ostholstein begrüßte ich den DLRG-Kreisbeauftragter Sven Schönke und den Geschäftsführer des ASB-Regionalverbands Ostholstein Udo Glaußel. Am **27. April 2016** lud die SPD-Bundestagsfraktion zur



16.02.15, *Blaulichtabend beim THW in Neustadt mit THW-Präsident Broemme.*

Fachkonferenz zum Thema „Sicher sein und sich sicher fühlen“ – dieses Mal konnte ich **fünf aktive Katastrophenschützer der Region Ostholstein/Lübeck** empfangen: Wolf-Hinrich Kock, Klaus-Peter Plötz (THW Eutin), Reinhard Esser (THW Neustadt), Rainer Mahn (THW Lübeck) und Sebastian Petyrek (DRK Oldenburg) diskutierten mit über 200 weiteren Gästen aus der ganzen Bun-



22.09.16, Blaulichtkonferenz in Berlin mit Udo Glaufflugel (Geschäftsführer des ASB Regionalverbands) und Sven Schönke (DLRG Kreisbeauftragter Ostholstein).

desrepublik im Reichstagsgebude darüber, wie wir angesichts wachsender Sorgen in der Bevölkerung die Rahmenbedingungen für die öffentliche Sicherheit verbessern können – Sicherheit ist ein Grundbedürfnis für alle Menschen, unabhängig von ihrer persönlichen Situation und finanziellen Verhältnissen! Der **Haushaltsausschuss hat für 2016 und für 2017** erneut beeindruckende Zeichen zu Gunsten des THW gesetzt: Insgesamt wurden 372 neue Stellen für das THW geschaffen – ein Aufwuchs von bisher 800 Stellen auf jetzt 1.172 Beschäftigte! 144 Stellen dienen direkt der Betreuung und damit der Entlastung der Ehrenamtler in den Ortsverbänden, wo nahezu 80.000 Mitglieder freiwillig engagiert sind. Weiterhin wurden überwiegend Ingenieure, Techniker, Brandmeister und Geratehandwerker bewilligt, die die THW-Einsatztruppen gerade bei Pflege und Wartung des aufwendigen Fuhrparks unterstützen sollen, der bis 2023 kontinuierlich mit insgesamt 100 Mio. Euro weiter modernisiert wird. Mit einem Plus von fast 1 Mio. Euro wird die THW-Jugend extra unterstützt, weil die Nachwuchsarbeit in den Ortsverbänden damit besonders gewürdigt werden soll. **Am 25. August 2014 habe ich für meine langjährigen Verdienste die Ehrenplakette des THW** vom stellvertretenden THW-Landessprecher für Schleswig-Holstein, Rainer Mahn, in Eutin überreicht bekommen – die Medaille halte ich in Ehren! 2005 wurde in **Neustadt bei der Bundespolizei See** – damals noch auf Initiative von Bundesinnenminister Otto Schily – das **Mariti-**

me Schulungs- und Trainingszentrum MaSt gegründet. Seit 2007 hat der Haushaltsausschuss dort 37 Stellen u.a. für Lehrkräfte abgesichert und Millionen bewilligt, womit u.a. Lehrsäle und Wohnblöcke in moderne Unterkünfte für die vielen Lehrgangsteilnehmer umgebaut wurden. Das Maritime Schulungszentrum in Neustadt hat sich seitdem zum Erfolgsmodell entwickelt. Dort arbeiten inzwi-



25.08.14, Ehrenplakette des THW

schen Bundespolizei und Zoll in der Aus- und Fortbildung eng zusammen und so stößt Neustadt allmählich an seine Kapazitätsgrenzen. Ich engagiere mich intensiv für weitere Millionen, um das Zentrum zu erweitern und das Lehrpersonal aufzustocken. Im **November 2015 beschloss der Haushaltsausschuss bereits 165 Mio. Euro für drei neue Bundespolizeischiffe (u.a. für Neustadt)**. Diese Neubauten sollen drei alte Schiffe ersetzen, die noch aus DDR-Beständen stammen, technisch völlig veraltet sind und ausgemustert werden müssen. Aus diesem Anlass war ich sowohl am **15. September 2015 mit dem SPD-Chefhaushalter aus Hamburg, Johannes Kahrs**, wie auch ein Jahr später am **16. September 2016 mit dem damaligen schleswig-holsteinischen Innenminister Stefan Studd (SPD)** Gast in Neustadt. In Gesprächen mit dem **Präsidenten der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt, Bodo Kaping**, und dem Leiter des Direktionsbereichs See in Neustadt, Frank Goerke, waren sowohl die Schiffsbeschaffung wie auch die



15.09.15, Mit Chefhaushälter Johannes Kahrs und dem damaligen Bundespolizeipräsidenten Franklin in Neustadt vor dem Bundespolizeischiff BP 23 „Bad Düben“.

künftige personelle und konzeptionelle Entwicklung des MaSt sowie die neuen Herausforderungen für die Bundespolizei u.a. durch Mittelmeereinsätze unser zentrales Thema. Aber natürlich sind für mich auch gerade die Polizeigewerkschaft und die Personalräte in Neustadt wichtige Ansprechpartner, mit denen ich mich eng austausche: am **18. November**



16.09.16, v.l.: mit Frank Goerke, Innenminister Stefan Studt und Bundespolizeipräsident Bodo Kaping in Neustadt
© Thomas Bölke, Bundespolizei

2016 traf ich mich deswegen mit der **GdP in Neustadt** mit dem Vorsitzenden der GdP-Direktionsgruppe Küste, Dirk Stooß, dem GdP-Kreisgruppen-Chef Küste, Michael Alka, und seinem Vize Torsten Witt sowie mit Rüdiger Richter als Vorsitzendem des Personalrats des Direktionsbereichs See in Neustadt. Am **13. März 2017** werden die Gespräche in Neustadt auf meine Initiative fortgesetzt: Dann kommt in Vertretung von Innenminister de Maizière sein **Staatssekretär Dr. Ole Schröder**. Dann wird es in den Gesprächen auch darum gehen, dass von den ca. 7.000 neuen Stellen, die der Haushaltsausschuss 2015 und



18.11.16, Treffen mit Gewerkschaftler der Bundespolizei auf dem Gelände der Ancora Marina in Neustadt. (Foto: Bundespolizei See)

2016 für die Bundespolizei bewilligt hat, auch eine angemessene Personalaufstockung bei der Bundespolizei See in Neustadt stattfinden muss.

Im Sommer 2016 herrschte zwischen dem Innenminister de Maizière und dem Haushaltsausschuss wochenlang „dicke Luft“: Die vom Haushaltsausschuss bewilligten **165 Mio. Euro** für den Neubau von drei neuen Ersatzschiffen für die Bundespolizei See hatten CDU-Innen- und Finanzminister im Haushaltsentwurf 2017 schlicht quasi „gestrichen“! Das hat der Haushaltsausschuss sich natürlich nicht gefallen lassen und die notwendigen Finanzmittel im November 2016 erneut allein mit einer Tranche von 75 Mio. Euro für das Jahr 2017 bewilligt. Auch der **Zoll bekommt drei neue Boote** für die massiv gestiegenen Aufgaben nicht nur in Nord- und Ostsee. In den nächsten Jahren werden die jetzigen veralteten 17 Meter langen Einsatzboote für insgesamt 13,5 Mio. Euro ersetzt. Weitere insgesamt 6,5 Mio. Euro sind für den Erwerb von Geräten und Ausrüstungsgegenständen zur Modernisierung der technischen Ausstattung des Zollfahndungsdienstes vorgesehen.

Ostholstein an der Spitze beim Denkmalschutzprogramm des Bundes!

Seit 2008 beschließt der Haushaltsausschuss jährlich **Denkmalschutz-Sonderprogramme**, bei denen ich mich immer wieder erfolgreich für die Förderung historischer Projekte mit Bundesmitteln in Ostholstein eingesetzt habe. Seitdem flossen **insgesamt ca. 2,2 Mio. Euro aus Bundesmitteln** u.a.

in die **KZ-Gedenkstätte Ahrensböök (2008)**, die **Ratekauer Feldsteinkirche (2009)**, das **Eutiner Schloss (2013)**, den **Oldenburger Wall (2014)** und den **Glockenturm in Landkirchen auf Fehmarn (2015)**, für den ich am 6. Januar 2016 persönlich den Förderbescheid über 200.000 Euro

Sanierung des Elisabeth-Turms auf dem Bungsborg beschlossen, im September dann die **Förderung von 35.000 Euro** für die Restaurierung des **historischen Orgelprospekts der Stadtkirche in Neustadt** und im **November für die St.-Jürgen-Kirche in Grube 440.000 Euro Bundeszuschuss** – das war ein echter Paukenschlag, denn nur 10 Tage zuvor hatte ich bei meinem persönlichen Besuch mit Propst Süßenbach der voll besetzten Kirche diese Förderung erstmalig in Aussicht gestellt und jetzt kann die Sanierung schon starten.

Die Sanierung des **Elisabeth-Turms auf dem Bungsborg** ist derzeit in vollem Gange – als Bauträger fungiert die Sparkassen-Stiftung, mit der ich bereits am **24. August 2015** alle wichtigen Akteure eingeladen hatte, die für den Erfolg der Sanierung auf dem Bungsborg eine Rolle spielen: neben **Dr. Martin Lüdiger und Jörg Schumacher** für die Sparkasse Holstein waren natürlich der **Landeskonservator Dr. Michael Paarmann und Archi-**



03.04.17, Förderscheckübergabe und symbolischer Hammerschlag bei der St.-Jürgens-Kirche in Grube

übergeben konnte. Zum Sommerfest 2016 fand in Landkirchen dann die festliche Einweihung unter großer Beteiligung der ganzen Bevölkerung statt. **2016** war für den Denkmalschutz aber Dank des Haushaltsausschusses ein besonders erfolgreiches Jahr: im Juni 2016 wurden **160.000 Euro** für die



08.02.17, Förderbescheidübergabe Orgel Stadtkirche Neustadt mit Pastor Jens Rathjen, Organist Andreas Brunion und Kulturministerin Anke Spoorendonk (SSW) © Kirchenkreis OH / Heinen

tekt Torsten Ewers dabei. Nachdem der Haushaltsausschuss die Förderung von 160.000 Euro für die Turmsanierung beschlossen hatte, wurde mit Unterstützung des Architekten und der Kunstlehrerin Frau Krüger ein **Malwettbewerb in der Friedrich-Hiller-Grundschule in Schönwalde** gestartet, wobei die Schulkinder die farbige Gestaltung der Turmfenster zur Aufgabe hatten. Am **13. Juli 2016** wählten wir Verantwortliche gemeinsam mit den



Glockenturm Landkirchen

© studio kohlmeier berlin

Schülervertretern als Jury mit dem Architekten Torsten Ewers die „Sieger-Fenster“ aus, die jetzt auch tatsächlich so auf dem Bungsberg umgesetzt werden – Schüler und Schulleitung sind zu Recht stolz und warten aufgeregt auf die feierliche Einweihung des Turms, der dann nach Jahrzehnten erstmalig wieder zu besteigen sein wird – die Aussicht aus 22 m Höhe ist wunderschön!

Vier Mrd. Euro Bundesmittel für die Breitbandversorgung im ländlichen Raum!



24.08.15, Startschuss für die Sanierung des Elisabeth-Turms auf dem Bungsberg: Dr. Martin Lüdiger, Jörg Schumacher, (beide Sparkasse Holstein) Dr. Michael Paarmann und Torsten Ewers
© T. Klatt, LN

Mit dem Koalitionsvertrag von 2013 hat sich der Bund verpflichtet, dass es bis 2018 in Deutschland eine flächendeckende Internet-Grundversorgung mit mindestens 50 Mbit/s geben soll – von dieser **Breitbandversorgung** mit staatlicher Unterstützung profitiert vor allem **der ländliche Raum**, dessen Erschließung für die großen Betreiber mit ihren Profitinteressen „unattraktiv“ ist. Der Bund hat **4 Mrd. Euro bis 2020 im Haushalt** bereitgestellt (zum Vergleich: die CDU/FDP-Vorgängerregierung nicht einen einzigen Cent!), und die **Förderrichtlinie wurde im November 2015** von Minister Dobrindt veröffentlicht. Das war der Startschuss! Das vorgeschriebene „Markterkundungsverfahren“ in unserer



20.05.16, in Oldenburg: SPD-Kollege und Fachmann für Breitbandausbau Martin Dörmann,, ZVO-Chefin Gesine Strohmeier und Richard Krause

Region zeigte, dass 29 Gemeinden „weiße Flecken“ waren – d.h. Gemeindegebiete, die ohne diese staatliche Anschubfinanzierung absehbar kein schnelles Internet bekommen würden. Diese 29 Gemeinden schlossen sich deshalb zusammen und beauftragten den ZVO, mit einer neuen „Breitbandsparte“ diese Aufgabe zu erfüllen. Für den **20. Mai 2016** hatte ich deshalb unter dem Titel **„Leistungsstarke Breitbandversorgung für unseren ländlichen Raum in Ostholstein sicherstellen!“ nach Oldenburg** in den Kreisnorden eingeladen - dorthin, wo die Breitband-Versorgung besonders problematisch ist. Als kompetenten Referenten konnte ich meinen **SPD-Kollegen Martin Dörmann** gewinnen, DEN Fachmann der SPD-Bundestagsfraktion für das Thema Breitbandausbau. Als Gäste auf dem Podium waren außerdem **ZVO-Chefin Gesine Strohmeier** und der **Chef des Breitband-Kompetenzzentrums Schleswig-Holstein Richard Krause** aus Kiel dabei. Schleswig-Holstein ist unter allen Flächenländern bundesweit führend bei der Verlegung von Glasfasernetzen (anstatt Vectoring von Kupferkabeln, worauf z.B. die Telekom immer noch setzt, obwohl diese Technologie keine Zukunft haben wird). Auch der ZVO in Ostholstein wird Glasfasernetze installieren. Der Bund fördert Beratungsleistungen mit bis zu 50.000 Euro und Projekte selbst mit bis zu 15 Mio. Euro. In Schleswig-Holstein haben bisher 28 Kommunen eine Förderung bekommen, darunter neun Zweckverbände. Am 21. März 2017 war die ZVO

Ostholstein „dran“ – mit 15 Mio. Euro, der Höchstförderung! Die **Stadtwerke z.B. in Eutin, Neustadt und Oldenburg** werden keine Förderung erhalten, weil das städtische Netz auch ohne öffentliche Förderung lukrativ zu erschließen ist. Bedauerlich ist, dass Stadtwerke jetzt plötzlich Haushalte in ihrem ländlichen Umland mit Lockangeboten aus der Solidargemeinschaft des Zweckverbandes herauszuberechnen versuchen, obwohl sie bislang keinerlei Interesse an deren Erschließung bekundet hatten – durch solche „Rosinenpickerei“ gerät die verlässliche Versorgung des ländlichen Raumes insgesamt in Gefahr. Dieses Vorgehen ist definitiv gemeinwohlgefährdend. Mich enttäuscht ein solches Vorgehen insbesondere, weil Stadtwerke nach meinem Verständnis als städtische Unternehmen eine hohe Verantwortung zum Frieden innerhalb der kommunalen Familie haben und sich nicht wie im Haifischbecken benehmen sollten.

Für den Norden DAS TOP-Thema: die Energiewende muss gelingen!

Dieses Vorgehen erschüttert mich auch deshalb besonders, weil zum Gelingen der Energiewende – eines meiner Herzblut-Themen - die **Stadtwerke als regionale und öffentlich-rechtliche „Player“ in Konkurrenz zu den Energiemultis** eine besonders wichtige Rolle spielen. Im **Juni 2013** startete ich **meine „Stadtwerkegespräche“** mit Vertretern von **Kommunen und Stadtwerken** in Berlin insbesondere vor dem Hintergrund der enormen Schwierigkeiten bei der Übergabe von kommunalen Konzessionsverträgen – viele Kommunen wollten alte S-H-Netz-Verträge (ehemals E.On) kündigen und neue Verträge mit Stadtwerken abschließen und hatten es dabei regelmäßig mit einem Heer von Juristen der großen Energiekonzerne zu tun, die um ihre Monopolstellung fürchteten. Mit meiner Bundestagskollegin und **Energie-Expertin Dr. Nina Scheer** habe ich diese „Stadtwerkegespräche“



11.06.2014, Veranstaltung zur EEG Reform 2014 mit Dr. Nina Scheer, Sandra Redmann und Lars Winter.

konsequent fortgesetzt: Vertreter aus ganz Schleswig-Holstein kamen z.B. am **11. Juni 2014** nach **Eutin**, um über Themen wie Ausbaukorridore, Biomasse und die EEG-Novelle zu sprechen. Am **15. Dezember 2014 in Berlin** setzten wir den Informations- und Gedankenaustausch in gleicher Runde fort und zum mittlerweile **4. Stadtwerkegespräch** luden wir am **11. Februar 2016 nach Geesthacht** in Nina Scheers Wahlkreis Lauenburg ein, um über Änderungen am Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) zu diskutieren. Das EnWG – explizit der § 46 EnWG – war auch beim **5. Stadtwerkegespräch am 12. Dezember 2016 in Berlin** mit maßgeblichen Vertretern des Bundeswirtschaftsministeriums eines der TOP-Themen. Die Gespräche mit Stadtwerken, Kommunen und Fachleuten aus der Branche werden Nina Scheer und ich fortsetzen, um zusammen auf Verbesserungen im Sinne der Kommunen und Stromkunden im ländlichen Bereich hinzuwirken!

Konkret zur **Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes** habe ich mit **Nina Scheer am 11. Juni 2014 unter dem Titel „EEG-Reform 2014: Herausforderungen und Chancen für Ostholstein“ nach Oldenburg** eingeladen. Über 80 Gästen diskutierten mit uns und Sandra Redmann, der SPD-Umwelt-Fachfrau aus dem Landtag. Dabei wurden Konfliktthemen wie die Begrenzung der Biomasse, Ausbaukorridore für Ökostrom oder die

Neuregelung bei der EEG-Umlagebefreiung für energieintensive Unternehmen konstruktiv-kritisch diskutiert.

Seit 2002 kämpfe ich für eine **Leistungsverstärkung zwischen Göhl und Lübeck** – damals noch als 110-KV-Trasse in der Verantwortung einer sich destruktiv verhaltenden E.On-Netz. Bis **2009** hatten wir nach zähem Ringen in der damaligen Großen Koalition schließlich Gesetzesänderungen beschlossen, die **für Ostholstein eine erdverkabelte 110-KV-Trasse ermöglicht** hätten. Dann allerdings kam die Hiobsbotschaft – durch den Beschluss der Bundesnetzagentur für eine 380-kV-Hochspannungsleitung von Göhl nach Lübeck – verbunden mit TenneT als neuem verantwortlichen Netzplaner. Das Erfordernis einer 380-KV-Trasse von Göhl nach Lübeck ist für mich bis heute nicht schlüssig erwiesen – zwar ist definitiv klar, dass die Grundlage für eine erfolgreiche Energiewende vor allem der bedarfsgerechte Netzausbau ist – aber



© studio kohlmeier berlin

„bedarfsgerecht“ heißt ja nicht zwingend so leistungsstark wie möglich, wenn der Bedarf de facto fraglich ist. Zwar hat der Bundestag am 3. Dezember 2015 mit SPD-Wirtschaftsminister Gabriel den Weg für eine **Teilverlegung der Ostküstenleitung als Erdkabel** als Modellprojekt freigemacht, aber die Kommunen in Ostholstein (im Gegensatz zu Segeberg) können von dieser Entscheidung kaum profitieren. Eine 380-KV-Trasse bleibt ein gewalti-

ger Eingriff in die Landschaft und Natur und darf nur dann erfolgen, wenn der Bedarf zweifelsfrei geklärt ist. 110-KV-Verteilnetze werden inzwischen als technischer Standard als Erdkabel verlegt und könnten sehr viel schneller die überschüssige Windenergie aus dem Norden ableiten, da die Akzeptanz der Bevölkerung für diesen Bau viel größer ist. Es bleibt das größte Ärgernis, dass in Ostholstein seit 2002 der Kapazitätsmangel der Leitungen zwischen Göhl und Lübeck erwiesen und dennoch auch 15 Jahre später nicht behoben ist. Das ist der eigentliche Grund dafür, dass der sauber produzierte Strom vieler leistungsstarker Windkraftanlagen nicht genutzt werden kann und quasi durch Abschaltung volkswirtschaftlich vernichtet wird.

Stärkung der JobCenter - Arbeitsmarkt ist Schlüsselrolle für Integration!

Unmittelbar nach der Bundestagswahl 2013 erreichte uns Bundestagsabgeordnete ein „Brandbrief“ von Landrat Sager – es folgte ein Krisengespräch im Jobcenter Ostholstein: Thema war die **katastrophale Finanzlage der Jobcenter** – nicht nur in Ostholstein als Ergebnis der schwarz-gelben Kahlschlagpolitik der Vorjahre. Weniger als die Hälfte der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik standen dem JobCenter 2014 gegenüber 2010 zur Verfügung – eine direkte Auswirkung der Kürzungen, mit denen CDU/FDP bundesweit von 2010 bis 2016 35,6 Mrd. Euro „gespart“ hatten. Auch der Wegfall hunderter Bürgerarbeitsplätze und des Program-



27.05.14, Besuch mit Heinrich Alt (Vorstand Bundesagentur für Arbeit) und Margit Haupt-Koopmann (Chefin der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit) bei der Tafel in Neustadt.

© Sylvia Blankenburg

mes 50+ – beides wurde befristet drei Jahre lang aus EU-Mitteln als Modellprojekt bis 2014 gefördert – war uns 2014 dann ein heikles Thema. Auf meine Einladung hin kam **Heinrich Alt**, damals **Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit**, am **27. Mai 2014 ins Kreishaus nach Eutin**, um dort vor 60 Vertretern aus Politik, Arbeitsagenturen und Jobcentern sowie Wirtschaftsverbänden aus der Region über die prekäre Finanzausstattung der Jobcenter und dessen gesellschaftliche Auswirkungen bundesweit vorzutragen. Anschließend besuchte ich mit **Heinrich Alt die BQOH in Lensahn**, um uns über die dort angebotenen Maßnahmen für den beruflichen Wiedereinstieg speziell von Frauen zu informieren, und die **Neustädter Tafel**, um dort über den Erhalt dieser segensreichen Einrichtung mit geförderten Arbeitsplätzen auch nach dem Wegfall der Bürgerarbeit zu diskutieren.

2015 kamen knapp eine Million Flüchtlinge nach Deutschland – und damit war klar: 2016 und 2017 wird es besondere Herausforderungen auf unserem Arbeitsmarkt geben, um die vielen Geflüchteten, die bei uns Schutz vor Krieg und Terror suchen, zu qualifizieren und zu beschäftigen. Die **Flüchtlingspolitik und aktuell die Integrationspolitik als konkrete Folge** sind DIE dominierenden Themen



11.08.13 in Bad Malente, zusammen mit der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Aydan Özoguz beim Besuch einer Jugend- Wohngruppe unbegleiteter Flüchtlinge des Kinderschutzbundes.

in Bund, Ländern und Kommunen. Allein im Jahr 2015 haben rund 50.000 Menschen – zumindest zeitweise – bei uns in Schleswig-Holstein Zuflucht gesucht und gefunden. Dank der unglaublichen

Kraftanstrengungen aller Mitarbeiter staatlicher Institutionen in Ämtern und Rathäusern, bei der Polizei, beim THW, dank der Unterstützung der Wohlfahrtsverbände, der Krankenhäuser und Ärzte sowie der großartigen Hilfe von unglaublich vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern ist es gelungen, diese große Anzahl an Flüchtlingen würdevoll aufzunehmen. **Auf diesen Einsatz können wir alle stolz sein – ein großes Dankeschön für dieses**



07.03.17, 60 DaZ Schülerinnen und Schüler der Kreisberufsschule Eutin zum Gespräch mit mir im Reichstag.

Engagement an alle Ehrenamtler für ihren Einsatz! 2016 nahm die Flüchtlingswelle vorerst deutlich ab: etwa 280.000 Geflüchtete erreichten Deutschland und damit nur ein Bruchteil im Vergleich zu 2015.

Welch ein Segen, dass die Große Koalition gleich zu Beginn der Wahlperiode – und ohne die Flüchtlingswelle von 2015 vorherzusehen – bereits am 4. Dezember 2014 wichtige Änderungen beim **Asylbewerberleistungsgesetz** beschloss, die bereits zum 1. Januar 2015 in Kraft traten – diese Änderungen waren längst überfällig, aber die CDU/FDP-Vorgängerregierung hatte sich nicht darauf verständigen können, obwohl eindeutige Verfassungsurteile vorlagen. Erst seit dem 1. Januar 2015 gilt also, dass das seit den 80er Jahren verbindliche 4jährige ArbeitsVERBOT (!) für Asylbewerber aufgehoben wurde. Gleichzeitig zahlen erst seit 2015

in den ersten 4 Aufenthaltsjahren der Flüchtlinge NICHT mehr Länder und Kommunen allein, sondern zu einem großen Teil der Bund die Kosten für deren Unterbringung und Versorgung. Außerdem gibt es Rechtsansprüche auf z.B. Sprach- und Integrationskurse, die es früher so nicht gab. Um die zu uns gekommenen Menschen rasch in Arbeit bringen zu können und somit ihre Integration in Deutschland voranzutreiben, haben wir 2014 beschlossen, dass **die Arbeitsaufnahme bereits nach dem 3. Monat nach der Anerkennung in Deutschland möglich** ist. Im September 2015 haben wir auch beschlossen, dass ein Leiharbeitsverbot für Asylbewerber und Geduldete nach 3 Monaten entfällt – bis dahin entfiel es erst nach 4 Jahren! Zudem haben wir die „3+2-Regelung“ eingeführt, die die Möglichkeit schafft, nach einer 3-jährigen Aufenthaltserlaubnis während einer Ausbildung bis zu zwei Jahre nach erfolgreichem Abschluss in Deutschland bleiben zu können, um sich auf dem Arbeitsmarkt zu bewähren.

Um diese Ziele gut und effizient umsetzen zu können, haben wir bereits 2015 deutlich mehr Stellen bei den Jobcentern und bei der BA geschaffen – allein für das Jahr 2016 **2.800 zusätzliche Stellen**

turen und Jobcenter in der Region und z.B. berufsbezogene Deutschkurse habe ich mich **am 14. Juli 2016** bei meinem Termin mit der **Chefin der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur (BA) für Arbeit Margit Haupt-Koopmann im Jobcenter und der BA in Eutin** umfassend informiert: das Jobcenter Ostholstein wurde inzwischen mit 6,5 Stellen aufgestockt. Zwei Maßnahmenangebote in Kooperation mit dem Land Schleswig-Holstein und der Wirtschaft haben wir besucht: den „Begleiteten Übergang für Flüchtlinge in Arbeit und Ausbildung in Schleswig-Holstein“, bei dem 2.000 Plätze zur Verfügung stehen, sowie das „Sprungbrett – Ausbildung für Flüchtlinge“, das an den Standorten Kiel, Elmshorn und Lübeck stattfindet und für diejenigen (wenigen) gedacht ist, die schon qualifizierte Vorkenntnisse für eine Ausbildungsaufnahme mitbringen.

Fünf Power-Frauen der SPD - Malu Dreyer, Barbara Hendricks, Manuela Schwesig, Andrea Nahles und Aydan Özoguz - haben bereits am 1. Dezember **2015 einen „Integrationsplan“ vorgelegt**, um zu zeigen, welche politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, um Integration in Deutschland erfolgreich auf den Weg zu bringen. Auf dieser Grundlage hat **Sigmar Gabriel im März 2016** mit dem Eckwertebeschluss **für den Haushalt 2017 ein Solidarpakt von 5 Mrd. Euro vorgelegt und bei Finanzminister Wolfgang Schäuble durchgesetzt** – das Plus von 2,2 Mrd. Euro für die Arbeitsmarktintegration und rund 500 Mio. Euro für den Ausbau der Kitaplätze (beides allein für 2017!) sind ein sichtbarer Erfolg für die Menschen!

Fast eine Million Flüchtlinge 2015 – eine Herausforderung!

Wir erinnern uns gemeinsam u.a. an die Bilder der Flüchtlinge im Herbst 2015, als die frisch gewählte rechtspopulistische Regierung in Dänemark die



14.07.16, mit der *Chefin der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur (BA) für Arbeit Margit Haupt-Koopmann im Jobcenter und der BA in Eutin.*

für die Jobcenter und Geldmittel für weitere 1.000 Stellen! Über spezielle Programme der Agen-

Grenze „dicht“ machte und tausende Flüchtlinge in Schleswig-Holstein auf dem Weg nach Schweden „strandeten“: quasi über Nacht fanden über 800 von ihnen kurzfristig Obdach in der noch aktiven Wagrien-Kaserne in Putlos/Oldenburg, wo dank des Zusammenwirkens vieler Soldaten und Aktiver von DRK und anderen Hilfsorganisationen menschenwürdige Unterkünfte und eine kompetente Ersthilfe geschaffen wurde. Am **12. September 2015** - nur 4 Tage nach der Eröffnung - habe ich mir selbst in **Putlos** ein Bild von der angespannten Lage gemacht: Fast 130 Kinder waren dort innerhalb weniger Stunden versorgt worden, nachdem 500 Soldaten auf Geheiß des Bundesverteidigungsministeri-



27.11.15, „Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge integrieren!“. mit Niels Annen, MdB in Eutin.

kussion auf Initiative von AMEOS in Neustadt mit dem Innenminister Stefan Studt, NDR-Intendant Lutz Marmor und Talk-Show-Dauergast Wolfgang Kubicki (FDP).



12.09.15, Mit Annette Schlichter Schenck und Klaus Zornndt bei der Übergabe von Geschenken für die Flüchtlingskinder in Putlos.

ums kurzfristig ihre Übung abbrechen und damit Platz in geeigneten Wohngebäuden schufen. Die Wagrien-Kaserne ist inzwischen zwar geräumt worden und steht wieder den Soldaten zur Verfügung, aber über den letzten Winter wurden hier Flüchtlinge, die überwiegend aus Syrien, dem Irak, Eritrea und Afghanistan kamen, professionell und unbürokratisch betreut.

Ab November 2015 „tourte“ ich als Bundestagsabgeordnete auf Anfrage verschiedenster Veranstalter zu diesem aktuellen Thema durch den Wahlkreis: z.B. am **17. November zur Seniorenbeiratsdiskussion auf Fehmarn**, am **18. November zur Seniorenbeiratsdiskussion in Neustadt** und am **19. November zu einer gemeinsamen Podiumsdis-**

Meinen eigenen politischen Schwerpunkt stellte ich dann bei meiner Veranstaltung am **27. November 2015 in Eutin in der Kreisbibliothek** in den Mittelpunkt: „**Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge integrieren!**“. Meinem **SPD-Bundestagskollegen Niels Annen**, außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, lauschten über 60 Zuhörer, als der erfahrene Nahost-Experte authentisch und nachdenklich über die Situation vieler syrischer Flüchtlinge berichtete, die sich vor allem deshalb aus dem Nahen Osten auf den Weg nach Europa machten, weil sie dort teils seit Jahren in Jordanien, dem Libanon oder der Türkei in riesigen Flüchtlingslagern ohne jede Perspektive gelebt hatten. Angesichts der dramatischen Lage in Syrien bleibt ihnen immer weniger Hoffnung auf Rückkehr, während andererseits durch die fehlende finanzielle Unterstützung großer, reicher Staaten das zuständige UNHCR drastisch weniger Geld für die Ernährung, medizinische Versorgung und Bildungsperspektive in den Flüchtlingslagern aufwenden konnte. Auf Initiative von Frank-Walter Steinmeier und der SPD haben wir im Herbst 2015 475 Mio. Euro zusätzlich zur Bekämpfung der Fluchtursachen und als Soforthilfe in dieser Region (im Rahmen internationaler



20.05.16, Zusammen mit Schulrat Manfred Meyer in einer DaZ-Klasse. in Lensahn.
© Karsten Langer

Solidaritätsvereinbarungen) im Haushalt beschlossen. Auch im Haushalt 2017 haben wir die Flüchtlingshilfe in der Region drastisch aufgestockt.

Nun steht das **Thema „Integration“** – aus Sicht der SPD: ENDLICH! – auf der Tagesordnung ganz weit oben. In Schleswig-Holstein gelang der Aufbau eines dezentralen DaZ-Klassen-Systems dabei an zentraler Stelle. Das Kürzel „DaZ“ steht für „Deutsch als Zweitsprache“. Am **20. Mai 2016** habe ich gemeinsam mit dem Ostholsteiner Schulrat Manfred Meier die **DaZ-Klasse der Grund- und Gemeinschaftsschule in Lensahn** und am **22. Dezember 2016** die **DaZ-Klassen der Kreisberufsschule Ostholstein in Eutin** besucht. Diese Kurse – für die Schleswig-Holstein bereits 430 neue Lehrkräfte eingestellt hat – sind ein Zusatzunterricht zum regulären Unterricht für Flüchtlingskinder und –jüngliche von zwei Stunden am Tag. Hier sollen die jungen Flüchtlinge zügig und mit besonderen Lernmethoden unsere Sprache erlernen – denn Sprache ist der Schlüssel zur Integration. In ganz Schleswig-Holstein gibt es ca. 200 DaZ-Zentren, in denen zurzeit rund 7.000 Kinder und Jugendliche beschult werden.

Am **25. Januar 2017** begrüßte ich drei eingeladene deutsche Muslime aus dem hohen Norden im Berliner Reichstag, wo eine Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion mit etwa 300 Gästen gut besucht war: Top-aktuelles Thema mit namhaften Experten und Referenten war **„Muslime in Deutsch-**

land – Wege zur gerechter Teilhabe“. Die SPD setzt in diesen Zeiten ein Zeichen: Es ist wichtig, Menschen islamischen Glaubens, die längst bestens integriert sind und sich aktiv in Vereinen, Verbänden und Parteien engagieren, an einen Tisch zu bringen, um im Dialog auf Augenhöhe von ihren Erfahrungen und Erkenntnissen bei der Gestaltung der Integrationsaufgabe zu profitieren. **Nail Yurtcu aus Bad Schwartau, Hakan Özoglan aus Damlos und Izzet Ciftci aus Lübeck** beteiligten sich aktiv in den Workshops zu Bildung, zur Arbeitswelt und zur politischen Partizipation - diese SPD-Veranstaltung soll nicht einmalig bleiben, sondern ein Dialog-Auftakt sein.

Das Thema **Abschiebungen nach Afghanistan** war und ist die politische Debatte – ich bin stolz darauf, dass mein Heimatland Schleswig-Holstein die bundesweite Initiative dazu ergriffen hatten, sich einer von CDU-Innenminister De Maizière initiierten Abschiebung nach Afghanistan zu widersetzen und sich der SPD-Bundesparteitag am 25. Juni 2017 dieser Entscheidung angeschlossen hat – **Afghanistan ist auf keinen Fall ein „sicheres Herkunftsland“!** Ich bin selbst zweimal in Afghanistan gewesen und Fakt ist: die Sicherheitslage wurde dort mit Abzug der Soldaten weltweit immer prekärer! Überhaupt ist es so, dass die Flüchtlingspraxis – z.B. derer mit „subsidiärem“ Schutz ohne das Recht auf Familiennachzug aus den Flüchtlingsgebieten – die Koalition spaltet. Man kann aus meiner Sicht nicht glaubwürdig einerseits die Probleme „alleinstehender junger Männer“ beklagen und andererseits den Nachzug ihrer Frauen und Kinder verhindern. Das ist nicht nur unlogisch – es ist vor allem inhuman! Ich werde oft in solchen Fällen um Hilfe gebeten und kann leider nicht immer helfen – aber manchmal doch, und dann ist jeder einzelne Mensch wichtig: da war u.a. die junge Jesidin, die monatelang vom IS verschleppt worden und – ohne



ihre Kinder im Irak – in Schleswig-Holstein Zuflucht gefunden hat. Oder die junge Frau aus Syrien, deren 10jähriger Sohn ein Jahr allein in Beirut leben musste, weil der Vater im Krieg verschollen war und er nicht legal zur Mutter nach Deutschland ausreisen durfte. Es war ein großer Glücksmoment, als ich die Nachricht erhielt, dass dieser Junge in Deutschland bei seiner Mutter angekommen war – und ohne die persönliche Unterstützung unseres damaligen Außenministers Frank-Walter Steinmeier wäre dieses „Happy-End“ niemals zustande gekommen!

CETA und TTIP: Weltweiter Handel braucht fortschrittliche Regeln!

Die **Freihandelsabkommen CETA und TTIP**, die zwischen der EU-Kommission und Kanada bzw. den USA verhandelt wurden, erhitzen 2014 bis 2016 die Gemüter wie kaum ein anderes Thema und sorgen – gerade wegen der fehlenden Transparenz – für immer neue Schlagzeilen und Verunsicherungen bei den Menschen und für Massenproteste. Diese Empörung täuschte darüber hinweg, dass **sich CETA und TTIP gravierend voneinander unterscheiden – es ist ein Fehler, beide Abkommen einfach in einen Topf zu werfen!**

Fakt ist: Die SPD stellte sich als einzige Partei in öffentlichen Veranstaltungen den kritischen Fragen zu beiden Freihandelsabkommen. Während alle

anderen Parteien „abtauchten“ und den Bürgern die Debatte allein in Medien und Sozialen Netzwerken überließen, hat die SPD sich der Herausforderung gestellt zu diskutieren, wie wir **Handelspolitik besser und gerechter machen können**. Auch ich selbst habe gleich **DREI öffentliche Veranstaltungen zu CETA und TTIP** – gemeinsam mit unserer „Fachfrau“ Dr. Nina Scheer – organisiert. Über 200 Interessierte, darunter viele Nicht-Parteimitglieder, kamen zu diesen drei Veranstaltungen und zeigten, wie wichtig es ist, dass wir Sozialdemokraten uns diesem Thema offensiv, konstruktiv-kritisch und – vor allem – öffentlich stellen. **Am 11. März 2015**



11.03.15, Veranstaltung zu TTIP und CETA in Reinfeld

kamen mehr als 80 Interessierte ins **Alte Herrenhaus nach Stockelsdorf** und anschließend noch einmal über 70 Gäste in **die Alte Schule nach Reinfeld**, um mit Dr. Nina Scheer, Sandra Redmann als umweltpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion und mir über das Thema **„TTIP und CETA als Chance oder Risiko?“** zu diskutieren. Eine **dritte Veranstaltung** mit erneut über 60 Interessierten fand mit Dr. Nina Scheer und mir **am 24. März 2016 in Süsel** statt.

Bereits im **Sommer 2016** erklärte unser damaliger **Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel** die **Verhandlungen über TTIP mit den USA für de facto gescheitert**. Das hatte gute Gründe: die Differenzen zwischen Europäern und Amerikanern hatten sich in entscheidenden Fragen als unüberbrückbar gezeigt – Fakt war: nach 14 Verhand-

lungsrunden in Brüssel gab es nicht in einem einzigen (!) von 27 Bereichen eine Einigung. Mit der Wahl von Donald Trump zum neuen US-Präsidenten ist das Thema ohnehin „durch“, da er bekanntlich auf Abschottung und Protektionismus anstatt auf freie und faire Handelsbeziehungen mit ganz klaren sozialen und ökologischen Standards setzt.

Ganz anders ist die Lage bei CETA: Dieses Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada galt eigentlich schon seit 2014 als ausverhandelt und abgeschlossen – auch CETA trug bis dato ganz klar neo-liberale Züge, die im Übrigen den politischen Mehrheitsverhältnissen in der EU-Kommission exakt entsprachen. Es ist ein Verdienst der SPD, des Verhandlungsführers im EU-Parlament Bernd Lange (SPD) und vom derzeitigen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel persönlich, dass der massive politische Druck genutzt wurde, um **nachträglich noch entscheidende Verbesserungen** in das eigentlich schon ausverhandelte Abkommen einzufügen – **ein riesiger Erfolg**, den vorher alle Beobachter für unmöglich erklärt hatten!



So wird es nun im Rahmen von CETA **keine intransparenten privaten Schiedsgerichte** geben, sondern einen **internationalen Investitionsgerichtshof**, der öffentlich tagt und dessen Richter öffentlich von der EU und von Kanada benannt werden. **Standards bei Arbeitnehmer- und Verbraucherrechten wurden ebenso verbindlich verein-**

bart wie beim Umweltschutz. Wichtige Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge – wie etwa die kommunale Wasserversorgung – werden explizit geschützt. All diese Fortschritte wären unmöglich gewesen, wenn es nicht 2015 – also NACH dem Abschluss der offiziellen Verhandlungen über CETA – einen **Regierungswechsel in Kanada** gegeben hätte: Anstelle des erzkonservativen Premiers Stephen Harper steht nun der fortschrittliche Liberale **Justin Trudeau** an der Spitze einer modernen und **progressiven kanadischen Regierung**, deren Vorstellungen von fairen Handelsabkommen deutlich besser zu denen passen, die die Sozialdemokraten in Europa vertreten. Darum ist es richtig und wegweisend, jetzt mit dieser kanadischen Regierung gemeinsam die Chance zu nutzen, um mit CETA einen **neuen Standard für faire und fortschrittliche Regeln für den internationalen Handel** zu setzen – an diesem CETA-Vertragswerk als „Blaupause“ werden sich alle künftigen europäischen Handelsabkommen mindestens orientieren müssen.

Damit hat sich ausgezahlt, dass die SPD sich bereits seit langem im Detail und konkret mit fairem und gerechtem Welthandel beschäftigt. Schon auf unserem **SPD-Parteikonvent am 20. September 2014** haben wir klare Bedingungen formuliert und „rote Linien“ für unsere Zustimmung zum Handelsabkommen beschlossen. Auch als SPD Schleswig-Holstein haben wir auf einem **Landesparteirat am 24. Januar 2015** gemeinsam mit Bernd Lange, **SPD-Europaabgeordneter, Handelsausschussvorsitzender und zuständiger Berichterstatter für TTIP und CETA im Europaparlament**, ausführlich drei Stunden lang über die Folgen der Abkommen beraten. Am **19. September 2016** hat die **SPD auf einem Parteikonvent in Wolfsburg** in Anwesenheit der kanadischen Handelsministerin den weiteren Kurs abgesteckt: Wir wollen si-

cherstellen, dass es durch das Abkommen **keine Bevorzugung von ausländischen gegenüber inländischen Investoren oder Bürgern** geben wird, dass das **Vorsorgeprinzip** unangetastet bleibt und dass **Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge** nicht von CETA berührt werden. All diese Punkte **werden wir im parlamentarischen Verfahren** – im Bundestag – sorgfältig prüfen und dabei die Zivilgesellschaft – Verbände, NGOs, Gewerkschaften und interessierte Bürger – eng in die Debatte über CETA einbinden. Für CETA kommt nun die „**Stunde der Parlamente**“: Wo noch Klarstellungen erforderlich sind, um Konflikten zu begegnen, werden wir diese durchsetzen!

Ostsee-Dorschbestände in Gefahr – Angelkutterbetriebe bangen um die Zukunft!

Bereits **Ende Mai 2016** hatte der Internationale Rat für Meeresforschung (ICES), der die EU-Kommission bei der Festlegung von Fangquoten berät, aufgrund der Tatsache, dass **der Dorschnachwuchs in der Ostsee 2015 quasi flächendeckend ausgeblieben** und dadurch die Gesamt-



© studio kohlmeier berlin

population des Dorsches insgesamt dramatisch gefährdet ist, eine **Absenkung der Dorschfangquote auf europäischer Ebene um über 85 Prozent empfohlen** – eine absolute Existenzbedrohung gerade für die Fischer in Schleswig-Holstein, die mehr als z.B. die in Mecklenburg-Vorpommern vom Dorsch abhängig sind. Klar ist allerdings: die eigentliche Existenzbedrohung der Fischer und An-

gelkutter in Heiligenhafen und Burgstaaken ist NICHT die Brüsseler Beschlusslage, sondern es ist der dramatische Rückgang der Dorschbestände, der in unserem westlichen Ostseegebiet noch einmal wesentlich krasser ist als in der östlichen Hälfte: **ohne einen nachhaltigen Dorschbestand können aber weder die Berufsfischer noch die Angelkutterbetriebe ihre Existenz sichern.** Deswegen müssen alle – die Berufsfischer, die Angelkutterkapitäne und die Politik in Land und Bund an einem Strang (und in dieselbe Richtung!) ziehen. Von dieser Einsicht sind wir aktuell allerdings leider noch weit entfernt, weil die CDU bei diesem Thema zum Wahlkampf bläst und dabei leider die Existenzsorgen der Fischer und Angelkutterkapitäne instrumentalisiert.

Parallel zu diesem Vorgang um die Dorschquote gibt es ein weiteres sensibles Thema, das speziell die Angelkutterkapitäne betrifft: das **Bundesumweltministerium (BMUB) mit Ministerin Barbara Hendricks** ist aufgrund einer EU-Richtlinie, die die CDU-Umweltminister Norbert Röttgen und Peter Altmaier bis spätestens 2013 eigentlich hätten umsetzen müssen, jetzt (unter Androhung von Strafzahlungen wegen eines Vertragsverletzungsverfahrens) gezwungen, **acht 2004 von Deutschland nach Brüssel gemeldete FFH-Gebiete in Nord- und Ostsee als Naturschutzgebiete auszuweisen – eines davon im Fehmarn-Belt.** Das Umweltministerium hatte im Februar 2016 mit seinem 1. Entwurf ursprünglich ein pauschales Angelverbot im Fehmarnbelt vorgesehen, um so die Fischbestände (auch Dorsch-Laichgebiete!) in den Riffen zu schützen – ein Aufschrei der Empörung erfolgte. Für die zwölf ostholsteinischen Angelkutterbetriebe in Familienhand in Heiligenhafen und Burgstaaken wäre das existenzbedrohend gewesen. Ich habe mich daher Anfang März 2016 direkt an unsere Umweltministerin gewandt und am **28. April 2016** Willi Lüdtker und Thomas Deutsch als Vertreter der An-

gelkutterbetriebe aus Ostholstein zum internen Fachgespräch der SPD-Küstenabgeordneten nach Berlin eingeladen. Seit Beginn der Diskussion rund um das geplante Verbot und die Absenkung der Dorschquote bin ich zudem in enger Abstimmung mit der **SPD-Europaabgeordneten für Schleswig-Holstein Ulrike Rodust**, die in Brüssel für Fischereipolitik federführend zuständig ist. Die Strategie, die ich gemeinsam mit Ulrike Rodust verfolge, setzt von Anfang an auf die konstruktive Zusammenarbeit aller Beteiligten, um einen für alle tragbaren Kompromiss zu finden. Am **10. Juni 2016** kamen der in Berlin zuständige **Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth** und die **EU-Abgeordnete Ulrike Rodust** auf meine **Einladung nach Heiligenhafen und Burgstaaken**. Den Diskussionen vor Ort folgten Kompromissvorschläge des BMUB: **Statt die Freizeitfischerei auf 100 Prozent der Fläche des künftigen Naturschutzgebietes zu verbieten, sollte die Verbotszone jetzt auf ca. 30**

Wunsch der Angelkutterkapitäne mit nach Berlin, **die Verbotszone als weiteren Kompromiss nach Osten zu verschieben**. Genau diesen Wunsch habe ich in Berlin mit **Staatssekretär Flasbarth erfolgreich durchgesetzt**, obwohl dadurch der Schutz der Riffe als bevorzugter Laichplatz der Dorsche tangiert wird. Leider schalten allerdings die Beteiligten weiter auf stur, so dass ich jetzt mit meinem Latein am Ende bin. Aktuell blockiert das Landwirtschaftsministerium in Berlin die Schutzgebietsausweisung in der Kompromiss-Form. Der nahe Wahlkampf lässt grüßen! Bei den Angelkutterkapitänen werden lediglich falsche Hoffnungen geweckt, indem immer wieder eine komplette Aufhebung des Angelverbots gefordert wird, die allerdings von allen Fachkundigen als komplett unrealistisch bewertet wird – auch von Dr. Happach-Kasan für den DAFV, denn schließlich handelt es sich bei dem Gebiet um ein europäisches Schutzgebiet der höchsten Kategorie, das Deutschland 2004 selbst nach Brüssel gemeldet hat!



10.06.16, mit Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth an Bord des Angelkutters „Karoline“ von Kapitän Willi Lüdtker in Heiligenhafen.

Prozent der Gesamtfläche verkleinert werden. Über diesen neuen Entwurf habe ich am **2. Juli 2016 in Oldenburg** mit den **Angelkutterkapitänen** sowie mit **Dr. Christel Happach-Kasan, Präsidentin des Deutschen Angelfischer-Verbandes**, diskutiert. Insbesondere der anwesende EGOH-Mitarbeiter Jens Meyer drängte dabei auf Totalblockade, während z.B. die Präsidentin des Deutschen Angelfischer-Verbandes auf Kompromisse setzte. Im Ergebnis nahm ich den

Wie ernst wir Sozialdemokraten unsere Dialogbereitschaft meinen, zeigte **Ulrike Rodust**, die zu mehreren **„Runden Tischen“ nach Lübeck** einlud, um mit den Betroffenen über die drastische Reduzierung der Dorschquote, die Konsequenzen für die betroffenen Fischereibetriebe und mögliche Maßnahmen und Lösungswege zum nachhaltigen Erhalt des Dorschbestands zu sprechen. Teilnehmer waren u.a. Dr. Peter Breckling vom Deutschen Fischereiverband, Dr. Christel Happach-Kasan vom Deutschen Angelfischer-Verband sowie Vertreter der Länder Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, der EU-Kommission, des Bundeslandwirtschaftsministeriums und der Forschung. Ich bin froh, dass beim abschließenden **3. Runden Tisch am 26. September 2016 in Lübeck** für die Fischereibetriebe existenzsichernde Lösungen gefunden werden konnten: in der westlichen Ostsee

muss die Fangquote um 56 Prozent im Vergleich zu 2015 reduziert werden, in der östlichen Ostsee „nur“ um 25 Prozent. Die Fischer werden den Dorschfang von Januar bis April ruhen lassen. Gleichzeitig hat der Haushaltsausschuss für 2017 seine Stilllegungszuschüsse und Abwrackprämien



auf 4 Mio. Euro verdoppelt, so dass zusammen mit den EU-Mitteln für die Berufsfischer in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern jetzt 8 Mio. Euro zur Verfügung stehen, um die Existenz der Betriebe in dieser schwierigen Zeit zu sichern. Eines darf natürlich nicht passieren: dass die Erwerbsfischer gegen die Angelkutter ausgespielt werden, indem die Fischer nicht mehr rausfahren dürfen, während die Angler weiter wie gewohnt zum Dorschfang ablegen. Daher ist es richtig, dass auch die Angelfischer zu Schutzmaßnahmen verpflichtet sind: die Fischeausbeute soll auf einen Tagesfang von 5 Fischen pro Angler begrenzt sein – während der Laichzeit weniger.

Mein Ziel: Vertrauen durch Information und Transparenz

Transparenz ist für mich schon seit Beginn meiner Arbeit als SPD-Bundestagsabgeordnete eine Selbstverständlichkeit: **Seit 2003 veröffentliche ich – als eine von wenigen Abgeordneten – jedes Jahr meine Steuerbescheide** in der Presse und auf meiner Homepage, um Transparenz über Diäten, gezahlte Steuern und Sozialabgaben, Spenden an Partei, Vereine und Verbände und verbliebenes Nettoeinkommen offenzulegen.

Ich bin außerdem eine von mittlerweile 46 Bundes-

tagsabgeordneten, die seit 2013 den freiwillig initiierten „**Abgeordneten-Kodex**“ unterzeichnet haben – übrigens sind das 27 SPD-Abgeordnete, 17 Linke und 2 Grüne. CDU/CSU: Fehlanzeige! Von den 46 Abgeordneten, die diesen Kodex unterzeichnet haben, sind drei weitere SPD-Kollegen aus Schleswig-Holstein: Sönke Rix (Rendsburg-Eckernförde), Dr. Nina Scheer (Lauenburg/Stormarn) und Gabriele Hiller-Ohm (Lübeck). Mit der Unterschrift haben wir uns selbst verpflichtet, strenge Transparenz- und Verhaltensregeln einzuhalten und uns im Bundestag für eine Verschärfung der bestehenden Regelungen einzusetzen. Neben der – von mir bereits seit 2003 umgesetzten – Verpflichtung, die eigenen Einnahmen und Steuerbescheide zu veröffentlichen und entgeltliche Nebentätigkeiten (die ich nicht habe) zu begrenzen, verpflichtet der „Abgeordneten-Kodex“ zur Offenlegung von Lobbyisten-Treffen sowie von Dienstreisen mit Berichten zu deren Inhalt und Zielen und zum Ver-



*Zwei Gläserne Abgeordnete aus Überzeugung: mit Dr. Nina Scheer/ Kreis Lauenburg.
© studio kohlmeier berlin*

zicht auf Geschenke oder Event-Einladungen von Unternehmen oder Interessenvertretern von über 100 Euro. Insofern finden alle Interessierten **auf meiner Homepage unter der Rubrik „Gläserne Abgeordnete“** eine Liste meiner Treffen mit Verbänden, Unternehmen, NGOs und anderen Lobby-Gruppen mit Datum, Namen und Gesprächsthema sowie meiner Auslandsreisen als Bundestagsabge-

ordnete mit Angaben zu Reiseanlass, Zeitraum, Zielen, Gesprächspartnern und Inhalten.

Seit 15 Jahren lege ich viel Wert auf meine intensive Pressearbeit, die zwar nur zu einem Bruchteil tatsächlich in den Medien veröffentlicht wird, aber die natürlich vollständig und im Originalwortlaut auf meiner Homepage nachzulesen ist. Allein seit 2013 habe ich **insgesamt fast 270 Pressemitteilungen** veröffentlicht, die meine politische Arbeit als Bundestagsabgeordnete in Berlin dokumentieren und mit denen ich meine und unsere sozialdemokratischen Ziele in der Öffentlichkeit zu erklären versuche. Vielfach ist nun schon das Stichwort „Homepage“ **www.bettina-hagedorn.de** gefallen – in die Aktualität und den Informationsgehalt meiner Homepage investieren mein Team und ich viel Kraft, weil sich hier alle Interessierten ein unverfälschtes Bild meines Engagements, meiner politischen Statements, meiner Termine in Berlin wie in Schleswig-Holstein machen können sollen. Darüber hinaus wird dieses durch tausende aktuelle Fotos auf attraktive Art dokumentiert — und genau diese Arbeit zahlt sich aus: Seit Mitte 2009 verzeichnete meine Homepage über 3 Mio. (!) „Klicks“!

Mein Anliegen: Türen in Berlin für Engagierte aus dem Wahlkreis öffnen!

Ich ermögliche seit 15 Jahren immer wieder vielen Interessierten und Engagierten aus Ostholstein und Nordstormarn die Teilnahme an wichtigen politischen Veranstaltungen in Berlin, die häufig genug auch das „Netzwerk“ der Beteiligten entscheidend erweitern und ihr Engagement wirkungsvollen unterstützen. Dabei sind bestimmte Zielgruppen besonders in meinem Fokus: **interessierte Jugendliche, Betriebs-, Personalräte und Gewerkschafter, Führungskräfte aus Wirtschaft und Handwerk sowie Engagierte im Katastrophenschutz.**

Um den Kontakt und den Austausch zu Betriebs-

und Personalräten zu stärken, organisiert die SPD-Bundestagsfraktion regelmäßige **Betriebsrätekonferenzen**, zu denen ich seit 14 Jahren Betriebsräte aus meinem Wahlkreis einlade – **seit 2003 zum 25. Mai!** Am **5. Juni 2013** diskutierten Bernd Friedrichs als Konzernbetriebsrat von Scandlines Deutschland aus Puttgarden, Inke-Marie Jaschinski als langjährige Betriebsratsvorsitzende der Asklepios-Klinik Bad Schwartau und Vorsitzende der AG für Arbeitnehmer (AfA) Ostholstein sowie der AfA-Landesvorsitzende Wolfgang Mädels mit u.a. Frank-Walter Steinmeier über **„Deutschland 2020 – Mehr**



10.06.15, Betriebsrätekonferenz mit Felizitas Fuhrmann (Sana Klinik OH) sowie Dorothee Reese u. Dirk Dähn (beide Kinderschutzbund)
© SPD-Bundestagsfraktion

Mut zum Gestalten“. Am **24. September 2014** kam Bernd Friedrichs erneut zum Thema **„Arbeit wertschätzen“** nach Berlin; als es am **10. Juni 2015** um **„Neue Formen der Arbeit – Selbstbestimmt und Mitbestimmt“** ging, waren Felizitas Fuhrmann (Sana Klinik Ostholstein), Klaus Geffken (AMEOS Gruppe Neustadt) sowie Dorothee Reese und Dirk Dähn (beide Kinderschutzbund) dabei. Am **24. Februar 2016** diskutierten Karin Gnutzmann und Cornelia Horn (beide von Kuhnke, Bad Malente), Arne Cords (Asklepios Klinik Bad Schwartau) und Holger Wiesemeyer (Kinderschutzbund, Neustadt) mit hochrangigen Vertretern aus Politik, Gewerkschaften und Wissenschaft über **den Stopp des Missbrauchs bei Leiharbeit und Werksverträgen.** Zum topaktuellen Thema **„Alterssicherung – sicher und gerecht gestal-**



30.11.16, Betriebsrätekonzferenz mit Scandlines-Betriebsratschef Bernd Friedrichs u. Arbeitsministerin Andrea Nahles.
© SPD-Bundestagsfraktion

ten“ stellte am **30. November 2016 Arbeitsministerin Andrea Nahles** ihre Rentenpläne vor.

Besonders erfreulich ist die starke Nachfrage aus dem **Bereich des Handwerks nach einer einwöchigen Hospitanz in meinem Berliner Büro** – seit 2013 haben der Malermeister Michael Ruschinzik aus Heikendorf, die 22jährige Bauingenieur-Studentin Sina Broers aus dem elterlichen Tischlerei- und Zimmereibetrieb in der Nähe von Bad Oldesloe sowie der Metallbaumeister und Geschäftsführer Frank Zwiebelmann aus Reinfeld jeweils eine Woche meine politische Arbeit in Berlin von morgens bis abends begleitet. Zuletzt kam Mitte Februar 2016 eine Woche der Chef des Heizungs- und Sanitär-Meisterbetriebes „Lange &



21.03.16, Besuch in Reinfeld bei der Lange & Dreyer GmbH mit dem Bürgervorsteher von Reinfeld, Gerd Herrmann und Inhaber Matthias Dreyer

Dreyer GmbH“ aus Reinfeld nach Berlin – im Gegenzug besuchte ich den **Betrieb von Matthias Dreyer mit seinen 25 Mitarbeitern in Reinfeld**. Da ich als gelernte Goldschmiedin selbst Handwer-

kerin bin und meine drei erwachsenen Söhne zusammen über vier Gesellen- und einen Meisterbrief im Handwerk verfügen, sind mir die Sorgen und Nöte der Handwerksbetriebe naturgemäß ein besonderes Anliegen.

Ein Schwerpunkt meiner Arbeit ist und bleibt **die Förderung junger Menschen**. Jugendlichen demokratische Einflussmöglichkeiten aufzuzeigen, bei ihnen durch den Blick „hinter die Kulissen“ des Berliner Politikbetriebes Interesse zu wecken, Mut zum Engagement zu unterstützen – das macht mir viel Freude. Bei nicht wenigen jungen Menschen ist ein solches Berlin-Praktikum eine Initialzündung, und der Kontakt zu mir und meinem Büro ist dauerhaft.

Seit 2004 lade ich politisch interessierte junge Menschen zum Projekt **„Jugend und Parlament“** nach Berlin ein, wo sie für drei Tage selbst in die Rolle von Abgeordneten schlüpfen und in einem Planspiel das parlamentarische Verfahren der Gesetzgebung nachvollziehen können. **2014 nahm Lukas Zeidler aus Wesenberg/Nordstornarn, 2016 Nele Heinrich aus Ahrensböök** am Planspiel teil, um



07.06.16, Nele Heinrich 3 Tage bei „Jugend und Parlament“ im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes.

den Politikbetrieb an den Originalschauplätzen im Deutschen Bundestag erleben zu können. Zusätzlich hat auch die SPD-Bundestagsfraktion mit dem

dreitägigen „**Planspiel Zukunftsdialog**“ eine weitere Beteiligungsmöglichkeit für Jugendliche aufgelegt, an der **Marcel Müller aus Stockelsdorf** vom 30. November bis 2. Dezember **2014** auf meine Einladung hin teilnahm – als einer von 93 Teilnehmern aus ganz Deutschland wurde Marcel prompt zum Vorsitzenden der simulierten SPD-Bundestagsfraktion gewählt!

Seit Beginn meiner Abgeordnetentätigkeit konnten sich schon über 40 junge Menschen aus meinem Wahlkreis über einen der „heiß begehrten“ Praktika-Plätze in meinem Berliner Büro freuen – dabei sind immer öfter auch Schülerpraktikanten, die für 1 - 2 Wochen kommen, um den Politikalltag ‚live‘ kennenzulernen. Studierende hingegen wollen in der Regel in 6 - 8 Wochen tatsächlich den Arbeitsplatz der wissenschaftlichen Mitarbeiter im Büro kennenlernen, um zu prüfen, ob das eventuell auch für sie eine spannende Berufsperspektive wäre. Nicht wenige meiner Mitarbeiter kamen so letztlich in mein

(Groß Parin), Julian Stange (Sereetz), Jonna Groth (Reinfeld), Till Weber (Neumünster), sowie mit Charleen Schubert, Alisa Lien Gräfinger, Julian Klötzer, Katharina Strunk und Svea Berhofen fünf junge Lübecker.

Seit 2002 bin ich Patin des **Parlamentarischen Patenschaftsprogramms** mit den USA, das jedes Jahr 350 Jugendlichen aus allen Wahlkreisen die Chance auf einen einjährigen Aufenthalt in Amerika gibt und durch den Deutschen Bundestag finanziert wird. Bisher konnte ich insgesamt 13 Jugendlichen diesen Aufenthalt ermöglichen – seit 2013 machten sich Thore Prüße (Stockelsdorf), Jasper Wiezorek (Ahrensböök), Miriam Frey (Oldenburg) und Thachita Harfst (Eutin) auf den Weg über den „großen Teich“.

Zahlreiche politisch Interessierte aller Generationen aus meinem Wahlkreis melden sich Jahr für Jahr in meinem Berliner Büro mit dem Anliegen eines Besuches im Reichstag und auf der Kuppel. Von den **insgesamt über 13.400 Besuchern aus Ostholstein und Nordstormarn** seit meinem Einzug in den Bundestag kamen **seit 2013 allein über 2.600 Jugendliche nach Berlin** – Schülergruppen führen bei den Berlinbesuchern deutlich die Gruppe Interessierter an, mit denen ich mich in Sitzungswochen stets zu persönlichen Gesprächen treffe. Insgesamt konnte ich seit 2013 knapp **3.500 Besu-**



24.08.-24.10.15, Praktikant Jan Jensen aus Stockelsdorf

Team. **Praktikanten** in dieser Wahlperiode waren u.a. Annika Weise (Reinfeld), Jasper Wiezorek (Ahrensböök), Michel Görner (Lensahn), Jan Jensen (Stockelsdorf), Josha Buhl (Ratekau), Ansgar Löcke (Fehmarn), Jenny Evers (Oldenburg), Matts Nissen (Sierksdorf), Tim Dürbrook (Scharbeutz), Sophie Faber (Stockelsdorf), Jan-Hendrik Arndt (Neukirchen), Renana Mertin (Süsel), Arne Albrecht



Stipendium für ein Jahr in die USA: Thachita Harfst (2016/2017) und Miriam Frey (2015/2016).

chern die Möglichkeit eines Bundestagsbesuchs geben – darunter fallen jedes Jahr auch 200 Plätze für die vier dreitägigen Besuchergruppenreisen auf meine persönliche Einladung – auch bei diesen Fahrten sind stets ca. 15 Plätze für engagierte Jugendliche mit ihren pädagogischen Betreu-

die Arbeit des Bundestages zu berichten, Fragen zu beantworten und gerne auch zu diskutieren. Insgesamt 32 Schulbesuche habe ich seit der letzten Bundestagswahl absolviert, in vielen Schulen war ich auf deren Einladung bereits mehrfach zu Gast – etwa in der Eutiner Wilhelm-Wisser-Schule, im Küs-



30.11.16, Elisabeth-Selbert Schule aus Bad Schwartau.

ern reserviert, um einen Beitrag zur Überwindung von Politikverdrossenheit und Wahlmüdigkeit gerade bei der jungen Generation zu leisten. Überwiegend lade ich verdiente Ehrenamtler aus Vereinen und Verbänden, aus der Wohlfahrt oder Feuerwehren, von den „Tafeln“ oder z.B. Engagierte aus der Flüchtlingshilfe als „Dankeschön“ für ihr gesell-

tengymnasium Neustadt, in der Ratekauer Cesar-Klein-Schule und in der Grund- und Gemeinschaftsschule Pönitz. Aber auch die Inselschule Fehmarn, das Leibniz-Gymnasium und das Gymnasium am Mühlenberg in Bad Schwartau sowie die dortige Elisabeth-Selbert-Gemeinschaftsschule, die Schönwalder Friedrich-Hiller-Schule, die Kreisberufsschu-



26.08. - 28.08.15, 50 Ehrenamtlich engagierte Ostholsteiner aus meinem Wahlkreis für drei spannende Tage als meine Gäste in Berlin

schaftliches Engagement ein – dazu zählen selbstverständlich auch Aktive aus der Kommunalpolitik. Allen Klassen biete ich immer **einen Besuch von mir im WiPo-Unterricht der Schulen** an, um über

len in Eutin und Oldenburg sowie das dortige Freiherr-vom-Stein-Gymnasium, die Gemeinschaftsschulen in Lensahn und Grömitz sowie die Waldorfschule Lensahn habe ich zu solchen intensiven Ge-

sprächen mit den Schülerinnen und Schülern gerne besucht.

Was sonst noch wichtig war...

Seit 2003 gehöre ich bereits kontinuierlich dem SPD-Landesvorstand an und seit 2007 arbeite ich ehrenamtlich als Ralf Stegners Stellvertreterin. Am 27. Januar 2017 wurde ich von den SPD-Delegierten auf dem Landesparteitag in Lübeck mit 87 Prozent **bereits zum sechsten Mal zur stellvertretenden Landesvorsitzenden der SPD Schleswig-Holstein gewählt** – das Ergebnis ist eine tolle Bestätigung für meine langjährige Parteiarbeit, die mir viel Freude macht. Deswegen habe ich natürlich auch ein langes Kapitel zu dem Buch „**Spiegelbilder – Stegner in Schleswig-Holstein**“ beigetragen, für das 27 prominente Weggefährten zum 25jährigen Dienstjubiläum von Ralf Stegner im Kieler Politikbetrieb im September 2015 persönliche Beiträge geleistet haben – von Günther Jansen über Torsten Albig, Heide Simonis, Wolfgang Kubicki bis zu Monika Heinold. Das Buch vereint 27 verschiedene Perspektiven aus Politik, Kultur, Gewerkschaften und Wirtschaft. In meinem eigenen Beitrag



29.02.16, Lesung von „Spiegelbilder – Stegner in Schleswig-Holstein“ in Eutins Kreisbibliothek.

Jahre an der Spitze der SPD-Schleswig-Holstein als Ralfs Stellvertreterin. Rund 50 Gäste kamen am **29. Februar 2016 zur Buchvorstellung und Lesung in die Kreisbibliothek Eutin**, wo ich als Hauptgast – natürlich – Ralf Stegner begrüßen konnte. Es war ein kurzweiliger, gelungener Abend – weitere Lesungen zu dem Buch möchte ich im Sommer 2017 veranstalten.

Zum **70. Geburtstag des Landes Schleswig-Holstein** hat der Wachholtz-Verlag ein weiteres Buch herausgebracht: „**Kursbuch Schleswig-Holstein: 70 Jahre Schleswig-Holstein – 70 Gespräche über Verantwortung und Zukunft**“, in dem 70 prominente Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft aus unserem Heimatland gebeten wurden, einen Artikel zu schreiben – darunter auch ich. Die Schirmherrschaft für dieses Buch hat übrigens unser leider ehemaliger Ministerpräsident Torsten Albig übernommen.

Am **15. April 2016** wurde mir der Navigare-Preis „für herausragende Verdienste für das Seewesen und in der maritimen Wirtschaft“ vom **Nautischen Verein Brunsbüttel e.V.** verliehen, zu der mehr als 300 Gäste gekommen waren. Dieser Preis wird seit 2011 an Persönlichkeiten vergeben, die sich besonders für maritime Belange in und um Brunsbüttel einsetzen. Warum ich als 1. Frau diesen Preis erhielt? In der Laudatio wurde daran erinnert, dass ich im **September 2011 die Aktion „SOS**



27.01.17, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, Manu Dreyer und dem ehem. Ministerpräsidenten Torsten Albig.

berichte ich natürlich über einige politische „Highlights“ der vergangenen zehn spannenden



15.04.16, Verleihung des Navigare-Preis vom Nautischen Verein Brunsbüttel

Bundeshaushalt! Ich fühle mich sehr geehrt, dass meine Arbeit im Haushaltsausschuss für den Norden und speziell für den Nord-Ostsee-Kanal so prominent gewürdigt wurde. Die **Baustellen in Kiel-Holtenau und in Brunsbüttel** habe ich am **8. Juni 2015** gemeinsam mit meinem SPD-Verkehrskollegen Gustav Herzog besichtigt. Dabei sind wir auch mit der Schwebefähre in Rendsburg gefahren, die dann leider ein halbes Jahr später



07.03.16, Scheckübergabe in Neustadt an den Kinderschutzbund Ostholstein im Wert von 3.500 Euro

durch einen schweren Unfall einen Totalschaden erlitt. Wir Haushälter haben für 2017 im Bundeshaushalt sichergestellt: Der **Ersatzneubau der Schwebefähre** ist finanziert!

Ich bin stolz, dass ich an den **Kinderschutzbund Ostholstein** am **7. März 2016** einen **Scheck im Wert von 3.500 Euro** für deren engagierte Arbeit mit Flüchtlingsfamilien übergeben konnte. Meinen 60. Geburtstag Ende 2015 hatte ich zum Anlass genommen, mir von den über 400 Gästen meiner beiden nachträglichen **Geburtstagesempfange** – **in Berlin am 13. Januar 2016** und **in Eutin am 10. Februar 2016** – statt Geschenken Spenden zugunsten des Kinderschutzbundes zu wünschen, dessen segensreiche Arbeit ich bereits seit den 90er Jahr politisch eng begleite. Ich war überwältigt, dass die über 100 Kolleginnen und Kollegen zu meinem Geburtstagsempfang in Berlin bereits über 1.100 Euro für diesen guten Zweck gespendet hat-

für den Nord-Ostsee-Kanal – der Norden steht auf!“ gestartet hatte. Auf drei SPD-Veranstaltungen von September bis November 2011 in Brunsbüttel, Rendsburg und Kiel kamen damals über 400 Gäste aus der Logistik- und Hafenwirtschaft, Reedereien, maritime Verbänden, Gewerkschaften und Politik, die anschließend in Berlin im Schulterchluss den Druck auf Kanzlerin Merkel und Verkehrsminister Ramsauer ausübten, dass endlich etwas zur Rettung des NOK geschehen müsste – es war der Startschuss für die Sanierung des NOK! Denn unter Peter Harry Carstensen und Schwarz-Gelb im Bund stand für den NOK damals kein einziger Cent im Haushalt – wenige Monate später beschloss der Haushaltsausschuss 300 Mio. Euro für den Neubau einer 5. Schleusenkammer in Brunsbüttel, und heute stehen insgesamt über 1,2 Mrd. Euro und zusätzlich über 50 Ingenieurs- und Technikerstellen für die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung in Schleswig-Holstein im



08.06.15, mit Verkehrskollege Gustav Herzog am NOK



Von Thomas Oppermann, unserem SPD-Fraktionsvorsitzenden, gab es den roten Berliner „Buddy-Bären“

ten und dass im Februar in Eutin die über 300 Gäste aus Vereinen, Verbänden und Unternehmen sowie langjährige politische Weggefährten diesen Spendenbetrag auf insgesamt 3.225 Euro aufstockten. Natürlich war es für mich selbstverständlich, diesen Betrag persönlich auf 3.500 Euro aufzurunden. Ich bin froh, dass es dem Kinderschutzbund jetzt mit dieser namhaften Summe möglich ist, eine pädagogische Fachkraft zur Betreuung von Kleinstkindern überwiegend finanzieren zu können, deren Mütter – als Flüchtlinge bisher oft von der sprachlichen Integration ausgeschlossen – sich nun Dank der Kinderbetreuung voll auf ihre Sprachkurse und auf erlebte Gemeinschaft konzentrieren können.

Gäste bei meinen Geburtstagsempfängen waren u.a. in Berlin Außenminister Frank-Walter Steinmeier, Umweltministerin Barbara Hendricks, CSU-Verkehrsminister Alexander Dobrindt und fast 100 Bundestags-Kollegen aus allen vier Fraktionen: von der Opposition waren unsere Haushaltsausschussvorsitzende Gesine Löttsch und der Fraktionschef der Linken Dietmar Bartsch ebenso da wie z.B. die Grünen Anja Hajduk, Sven Kindler und Tobias Lindner und selbst der Ex-Haushaltsausschussvorsitzende der FDP Otto Fricke. Langjährige CDU/CSU-Kollegen waren ebenso dabei wie viele SPD-

Kollegen und Mitarbeiter, mit denen ich jetzt teilweise schon 15 Jahre eng zusammenarbeite – von Thomas Oppermann gab es seinen begehrten roten Berliner „Buddy-Bären“.

In Eutin kamen zum Geburtstagsempfang Ministerpräsident Torsten Albig, Staatsministerin Aydan Özoğuz (SPD), aus der „kommunalen Familie“ zahlreiche Bürgermeister und selbst Landrat Sager, die Spitze des Kinderschutzbundes mit Martin Liegmann, Henning Reimann und Mechthild Piechulla, ZVO-Verbandsvorsteherin Gesine Strohmeier, die Chefin der Bundesagentur für Arbeit Nord Margit Haupt-Koopmann, der Sprecher des Dialogforums Christoph Jessen, der Landesgeschäftsführer vom



Meine Geburtstagstorte von den Fehmeranern

Verband kommunaler Unternehmen wie der Stadtwerke Detlef Palm, der Sparkassen-Vorstand, Vertreter vom Sportverband, vom THW sowie aller Sozialverbände von der AWO bis zum DRK, für die Lebenshilfe OH Suse Voß, für den Gehörlosen-Verband Monika Gascard sowie zahlreiche Unternehmer wie Andreas Leicht (Hansa Park), Arend Knoop (SEAT-Autohaus), AMEOS-Vorstand Michael Dieckmann sowie für den Vorstand im Windenergie-Verband Karl Detlefs und ... und ... und natürlich ganz, ganz viele langjährige Freunde und politische Weggefährten aus unserer SPD.



Mein Berliner Büroteam mit Annika Weise (ganz links) aus Reinfeld, die vom 30.05.-10.06.16 ein Praktikum in meinem Büro absolvierte.

Mein Team in Berlin und Eutin

Meine Aufgaben in Berlin und im Wahlkreis könnte ich nicht ohne ein eingespieltes Arbeiterteam bewältigen. In **Berlin** kümmert sich die inzwischen zweifache Mutter, Nadine Kadelka, die bei mir vor 13 Jahren als Kauffrau für Bürokommunikation ihre Ausbildung startete, um alle Fragen der Büro- und Terminorganisation sowie um die Besuchergruppen. Die wissenschaftliche Zuarbeit liegt in den Händen der beiden früheren Eutiner Magnus Bünning und Timo Vogler, die ab April 2017 beide pausieren: Magnus Bünning ist (vorbildlich!) in Elternzeit und Timo Vogler beginnt sein juristisches Referendariat. Seit August 2015 werden die beiden in Vollzeit von Ann-Christin Wehmeyer unterstützt, die vorher bereits für einen SPD-Kollegen aus dem Verkehrsausschuss gearbeitet hat. Als studentische Mitarbeiter unterstützen mich in Berlin der Fehmarnener Ansgar Lücke und Till Weber aus Neumünster. Jana Steinert ist seit Sommer 2014 in Elternzeit und hat inzwischen bereits ihr zweites Kind bekommen.

Im **Eutiner Wahlkreisbüro** kümmert sich seit 14 Jahren Regina Voß (seit 2012 auch ehrenamtliche Bürgermeisterin in Kasseedorf) gemeinsam mit Kirstin Winter (seit 2010) jeweils halbtags um alles, was in Schleswig-Holstein anliegt - sie sind Ansprechpartnerinnen für Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Verbände und Institutionen. Seit Mai 2016 werden beide von Angela Hüttmann ebenfalls halbtags unterstützt – auch Angela Hüttmann ist ehrenamtlich kommunalpolitisch u.a. als Schulverbandsvorsteherin in Schönwalde und langjährige SPD-Ortsvereinsvorsitzende aktiv. Auf mein „Damen-Trio“ wartet 2017 besonders viel Arbeit! Ihnen allen gilt mein herzliches Dankeschön – ich freue mich auf die nächsten Jahre mit diesem Team!

Herzlichst, Ihre

Bettina Hagedorn

Geburtstagsempfang zu meinem 60. Geburtstag in Eutin am 11.02.2016



Aydan Özoğuz, Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration wird vom SPD-Kreisvorsitzender Lars Winter begrüßt.



Regina Poersch, Aydan Özoğuz, Torsten Albig u. Martin Liegmann, Mechthild Piechulla u. Henning Reimann vom Kinderschutzbund .



Gratulation vom damaligen Ministerpräsidenten Torsten Albig



Torsten Albig im Gespräch mit Vertretern des THW.



Meine Vorgängerin im Deutschen Bundestag, Antje-Marie Steen.



Jörg Weber, Bürgermeister von Fehmarn



Langjährige Weggefährten im Kampf gegen die FBQ: mit Malte Siegert vom Naturschutzbund (NABU).



Seit Jahren ein Team für Denkmalschutzprojekte in Ostholstein: mit Architekten Torsten Ewers aus Oldenburg.

Geburtstagsempfang zu meinem 60. Geburtstag in Berlin am 13.01.2016



1. Gratulant, Außenminister Frank-Walter Steinmeier — heute Bundespräsident. © studio kohlmeier berlin



Mit Gesine Lötsch, Haushaltsausschussvorsitzende der Linken.



Umwelt- und Bauministerin Barbara Hendricks



Langjährige Kollegin im Haushaltsausschuss von den Grünen:
Anja Hajduk aus Hamburg



Ebenfalls mein Gast: CSU-Verkehrsminister Alexander Dobrindt.



Verkehrspolitische Sprecherin der SPD, Kirsten Lühmann



Seit 13 Jahren Kollegen: Sprecher im Haushaltsausschuss Johannes Kahrs (SPD), Hamburg